



akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

Unsere Themen

- Der Europass-Berufsbildung in Deutschland
- Immer weniger Jugendliche gehen in Berufsausbildung
- VLB-Initiativen zur dienstrechtlichen Beurteilung
- Zukunftswerkstatt Europa
- Schulpartnerschaft stiftet Städtepartnerschaft
- VLB-Seminar für Referendare
- Leserbriefe zur Situation der Referendare



*Informieren
und
argumentieren.*



*Mit der SPD-
Landtags-
fraktion im Ge-
spräch.*



HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (0931) 70 76 91
Telefax: (0931) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (0931) 66 14 15
Telefax: (0931) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Lattke und Lattke GmbH
www.lattkeundlattke.de
Telefon: (0931) 6 60 66-0
Telefax: (0931) 6 60 66-90

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (0911) 9 54 78-0
Telefax: (0911) 5 42 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- € zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 06/02: 2002-05-06
für Heft 07/02: 2002-06-10
für Heft 08/09/02: 2002-07-08

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

THEMA DES TAGES

- 3 Aufruf zu den Personalratswahlen

BILDUNGSPOLITIK

- 4 Peter Thiel: Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion
8 Der Europass – Berufsbildung in Deutschland
10 Weniger Jugendliche beginnen Berufsausbildung

AUS DEM LANDTAG

- 11 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

VLB-INITIATIVEN

- 13 VLB-Gespräch zum Thema „Dienstliche Beurteilung“
13 Pressepapier des VLB zum Thema „Dienstliche Beurteilung“
13 Pressepapier des KM zum Thema „Mobile Lehrerreserve“
14 Schriftverkehr des VLB

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 15 Dietrich Claus: Sozialkundeunterricht einmal anders

PERSONALRATSWAHLEN 2002

- 17 Unsere Kandidaten

SCHULPARTNERSCHAFTEN

- 20 Kestl/Reif/Waldhäuser: Schulpartnerschaft stiftet
Städtepartnerschaft

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Bezirks- und Kreisverbände:

- 21 KV Oberpfalz-Nord; KV Donau-Wald; BV Unterfranken; BV Oberpfalz

Referate und Fachgruppen

- 25 FG Sozialpädagogik; FG Nahrung; FG Förderberufsschulen

Referendare

- 29 Martin Reith: Traditionelles Wochenendseminar

Senioren

- 31 Berthold Schulter: Urteil ganz im Sinne des Zeitgeistes

Personalien

- 32 Dr. Walter Eykmann - Honorarprofessor; Günter Lenkl im Ruhestand

LESER SCHREIBEN

- 34 Reaktionen zum Problemfeld Lehrernachwuchs

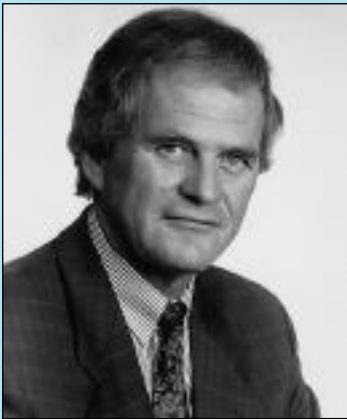
UMSCHAU

- 37 Nachrichtliches

LETZTE SEITE

- 40 Aufruf zur Personalratswahl

Titelfoto P. Thiel: Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion. Oben MdL Karin Radermacher und MdL Johanna Werner-Muggendorfer. Unten MdL Friedrich Odenbach (rechts) und Wolfgang Lamprecht (VLB).



Aufruf zu den Personalratswahlen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in der Zeit vom 11. bis 13. Juni werden im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie an den nachgeordneten Dienststellen die Personalvertretungen neu gewählt. Bei einem Rückblick auf die Tätigkeit unserer bisherigen Mandatsträger müssen wir feststellen: Sie haben großartige Arbeit geleistet und verdienen Lob und Anerkennung auf der ganzen Linie.

Das überwältigende Vertrauen, das die Wählerinnen und Wähler unserem Kandidatenvorschlag vor vier Jahren entgegen brachten, war uns Ansporn und Verpflichtung, erneut eine Liste vorzulegen, der Sie wiederum mit gutem Gewissen zustimmen können und zwar aus mehreren Gründen: Die Listenführer sind in der Personalratstätigkeit seit Jahren erfolgreiche und erfahrene VLB'ler. Alle von uns vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten haben bereits auf verschiedenen Ebenen unserer Solidargemeinschaft gearbeitet. Sie sind sachkundige und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten, die die Sorgen und Nöte der Lehrkräfte an beruflichen Schulen aus persönlichem Erleben kennen und die bereit sind, sich über den eigenen dienstlichen Bereich hinaus für andere zu engagieren. Dies ist heutzutage nicht selbstverständlich und verdient hohen Respekt.

Noch etwas kommt hinzu: Wegen ihrer berufs- und bildungspolitischen Grundpositionen sind sie Mitglieder gerade unseres Verbandes. Damit bekennen sie sich zu einer gewissen Vielfalt im Bildungswesen. Sie sind berechenbar und als Gegner jeglicher ideologisch bestimmter Gleichmacherei Garanten für objektive Kriterien bei der Gestaltung von Personalpolitik.

Die beruflichen Schulen im Lande stehen vor zum Teil gravierenden Veränderungen, die die Mitsprache und Mitgestaltung couragierter Persönlichkeiten aus Kollegenkreisen unverzichtbar machen. Organisatorische, dienstrechtliche aber auch personelle und unterrichtliche Probleme können nicht mehr einfach „von oben“ gesteuert werden. Die Arbeit an den Schulen erfordert Teamdenken, vor allem aber ein Klima des Vertrauens und des konstruktiven Miteinander. Den Personalvertretern kommt dabei eine herausragende Stellung zu.

Bitte beteiligen Sie sich unter allen Umständen an der Wahl. Votieren Sie für die Liste des VLB, damit auch in den kommenden Jahren sicher gestellt ist, dass die „Basis“ hinlänglich in wesentliche Entscheidungen eingebunden ist und dass nichts über die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen hinweg geschieht.

Das effektive Zusammenwirken von örtlichen Personalvertretern mit den Bezirkspersonalräten und dem Hauptpersonalrat im Sinne des VLB garantiert dasjenige Maß an Kompetenz, das wir bei der Gestaltung der beruflichen Bildung künftig brauchen.

Mit freundlichen Grüßen

*Hermann Sauerwein
Landesvorsitzender*

Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion Mitte März:

„Konstruktiv der Meinungs-austausch, ergiebig die Information“

PETER THIEL

Die SPD-Landtagsfraktion fühlt sich - wenns um Fragen der beruflichen Bildung geht - beim VLB in besten Händen. Dies zumindest bekräftigte MdL Johanna Werner-Muggendorfer beim diesjährigen parlamentarischen Abend des VLB mit den Sozialdemokraten. Die Abgeordnete hat als stellvertretende Fraktionsvorsitzende nicht erst seit gestern mit dem VLB zu tun, sie muss es also wissen. Ergiebig seien die Informationen wiederum gewesen, meinte sie und konstruktiv der Meinungs-austausch. Lobende Wor-

te also über ein Fachgespräch, das in der Tat bestimmt war von Freundlichkeit und guter Atmosphäre und das besondere Bedeutung erlangte durch die Präsenz von Parteichef Wolfgang Hoderlein.

Ganz oben auf der Agenda stand das Thema „Dienstliche Beurteilung“. Dies brennt dem Berufsstand derzeit am stärksten unter den Nägeln. Grünes Licht aber auch für Themen wie die Lehrerbildung, die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und für diverse versorgungsrechtliche Anliegen. Auf der Tischvorlage angekündigt, doch aus

zeitlichen Gründen nicht mehr vollwertig „zu schaffen“ waren „Dauerbrenner“ wie die PISA-Studie, die Bildung von Kompetenzzentren oder die Systembetreuung an den Schulen. „Kein Beinbruch“, sagten die Parlamentarier, „weil wir ja ständig im Kontakt miteinander sind und uns in Einzelfragen jederzeit austauschen können“.

Der Unmut im Lande ist beträchtlich

„Das vor zwei Jahren eingeführte Beurteilungssystem für Beamte werde insbesondere im Hinblick auf die Lehrer den Vorstellungen von moderner Personalführung in keiner Weise gerecht“, stellte VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein zu Beginn der Gesprächsrunde fest. Es wirke demotivierend und erweise sich insbesondere im Rahmen der Schulentwicklung als in jeder Hinsicht kontraproduktiv. „Der Unmut im Lande ist beträchtlich. Ihn im Zaum zu halten ist gar nicht so leicht“, betonte Sauerwein. Die Richtwertvorgaben von 9 Punkten als Beurteilungsdurchschnitt, insbesondere aber die von 10 Punkten für die Übernahme von Funktionen müssen unverzüglich zurückgenommen werden, forderte der Landesvorsitzende. Letzteres betreffe nur die beruflichen Schulen, „was ohnehin niemand versteht“.

„Das gesamte System muss auf den Prüfstand“

Nach Auffassung des SPD-Dienstrechtsexperten MdL Dietmar Franzke gehört das gesamte 16-Punkte-Beurteilungssystem auf den Prüfstand. Es falle sehr schwer, eine vergebene Punktezahl plausibel zu begründen und die Beurteilung transparent zu machen, stellte MdL Christa Naaß fest. Hauptzweck des Systems, so vermute sie, sei es, die Vergabe der Planstellen zu steuern.

„Es ist bereits etwas in Bewegung geraten“, konstatierte Sauerwein und verwies auf entsprechende Initiativen des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Der VLB unterstütze diese Akti-



„Mit der Altersteilzeit der Arbeitsbelastung individuell entgegenwirken“. Links Manfred Greubel (VLB), rechts MdL Dietmar Franzke (stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes).



Das Beurteilungssystem auf dem Prüfstand. „Die Begründung für die Punktezahl ist sehr schwer“. Von links: MdL Christa Naaß, Armin Ulbrich (VLB), MdL Udo Georg Egleder, Hans Käfler (VLB).

vitäten nachdrücklich und hoffe, dass die Betroffenen - vertreten durch ihre Verbände - auch weiterhin an der Diskussion beteiligt werden. Der VLB jedenfalls trete dafür ein, dass

- die dienstliche Beurteilung für Beamte grundsätzlich beibehalten,
- und das System so modifiziert wird, dass es nicht nur die Besonderheiten der Lehrer, sondern auch die der einzelnen Schularten berücksichtigt
- und ein gestuftes Beurteilungssystem eingeführt wird. Dieses muss die Regelbeurteilung, zielführende Mitarbeitergespräche sowie die Anlass- bzw. Verwendungsbeurteilung umfassen und sollte insgesamt 5 Leistungsstufen nicht übersteigen.

„Die Jüngsten sind wir auch nicht mehr“

Die Lage entwickelt sich immer prekärer, so der Tenor beim zweiten Punkt der Tagesordnung. Es ging dabei - wie gesagt - um die

„Zur Integration Benachteiligter wünschen wir uns Konzepte für den Übergang von der Schule in die Ausbildung“. Mdl Karin Pranghofer und Hermann Sauerwein (VLB).



Lehrerbildung und die Personalsituation an den beruflichen Schulen. „Die Jüngsten sind wir auch nicht mehr“, kommentierte Sauerwein die Altersdurchschnitte der Kollegien beruflicher Schulen im Freistaat. Die an der Hochschule ausgebildeten jungen Lehrkräfte kommen bei weitem nicht alle dort an, wo sie so dringend gebraucht werden, nämlich an den Schulen. Der Lehrerberuf jedenfalls könne mit ihnen allein nicht gedeckt wer-

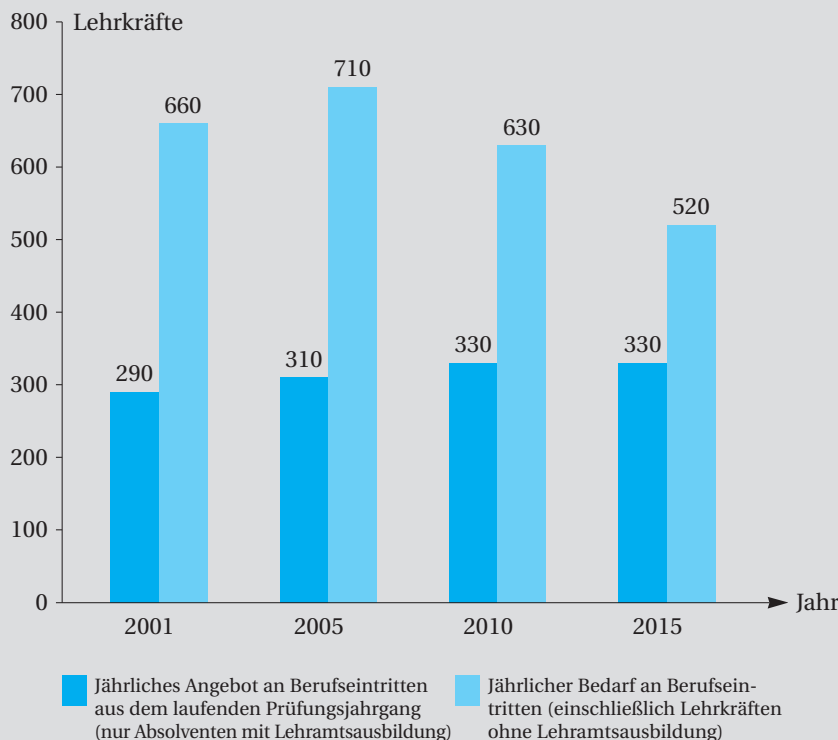
den. Dies belege auch die vom Kultusministerium veröffentlichte „Prognose zum Lehrerberuf 2002“ (siehe Grafik links unten).

„Ein kräftiger Anstoß von außen ist nötig“

Die Vorschläge des VLB zur Verbesserung der Situation wurden den Parlamentariern in der Tischvorlage dargestellt. Sie lauten u.a.:

- Ausweitung des Ausbildungsangebots auf Nordbayern, wo sich die Universität Nürnberg-Erlangen empfiehlt. An ihr besteht bereits eine funktionsfähige Infrastruktur für die Lehrerbildung. Trotz vielfältiger Initiativen des VLB und bester Voraussetzungen habe sich allerdings bis heute nichts Entscheidendes bewegt, beklagte Sauerwein und bat um „einen kräftigen Anstoß von außen“.
- Gewährung von Sonderzulagen für die Referendare, was seit diesem Jahr in Bayern möglich ist.
- Modernisierung der Studiengänge und des Referendariats bei gleichzeitig verstärkter Werbung für das Lehramt durch das Ministerium, den Verband und die Wirtschaft, die im Hinblick auf die Qualität ihrer Fachkräfte ebenfalls ein nachhaltiges Interesse an entsprechendem Lehrernachwuchs haben sollte.
- Aktualisierung der Fachlehrerausbildung bei gleichzeitiger Ausweitung des Ansbacher Instituts um die Fachbereiche

Aus der kultusministeriellen „Prognose zum Lehrerberuf 2002 – berufliche Schulen“:



„Hauswirtschaft“ und „Gesundheit“.

- Gestaltung begrenzter Sondermaßnahmen für Diplomingenieure mit Universitäts- oder FH-Abschluss.

Psychosomatische Zusammenhänge von der Medizin bestätigt

Waren die Lehrer jahrelang eine Art Prügelknaben der Nation, so machen ihre extreme Arbeitsbelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen Folgen in der letzten Zeit immer wieder Schlagzeilen. Bei aller löblicher Absichtserklärung, für die Lehrer geändert habe sich bisher nichts, unten angekommen sei nur ein Mehr an Arbeit, kritisierte Sauerwein. „Man sollte sich hüten, unseren vielfach idealistisch eingestellten Leuten die Freude am Beruf zu nehmen“. Der Landesvorsitzende verwies auf

Untersuchungen, nach denen rund 50% aller Lehrkräfte - also auch der Lehrer an beruflichen Schulen - gesundheitlich bedingt dienstunfähig werden und vorzeitig in den Ruhestand treten. Das mittlere Alter liege dabei zwischen 51 und 56, psychosomatische Zusammenhänge seien unübersehbar und werden von der Medizin mit Besorgnis konstatiert.

Initiativen der SPD-Landtagsfraktion

Die Ursachen sind vielschichtig, wie die Untersuchungen belegen. Freilich gibt es - insbesondere im Zusammenhang mit der Lehrerrolle - eine Reihe ganz persönlich bedingter Risikofaktoren, die nicht so ohne weiteres zu beseitigen sind. Zu Leibe rücken aber muss man vor allem den institutionellen Ursachen, unter denen Personalführung (lea-

dership) und Betriebsklima zentrale Bedeutung haben.

Die gesundheitlichen Risiken des Lehrerberufs sind jahrelang unterschätzt worden. Erst in jüngster Zeit erhalten sie Aufmerksamkeit im politischen Raum, nachdem man dort an den Statistiken nicht mehr vorbei kann und die Sache ins Geld geht.

Mit Nachdruck wurde auf entsprechende Initiativen der SPD-Landtagsfraktion hingewiesen. Unter dem Leitgedanken „Gesundheit und Dienstfähigkeit der Lehrer erhalten“ brachten die Sozialdemokraten jüngst eine Reihe von Anträgen ein, über die „VLB akzente“ auch berichtete. Die geforderten Veränderungen sollten sich jedoch nicht auf die Grund-, Haupt- und Sonderschulen beschränken, meint der VLB.

Präventive Maßnahmen sind unverzichtbar

Zusammen mit anderen Lehrerverbänden ist der VLB der Auffassung, dass präventive Maßnahmen unverzichtbar sind. Psychosomatische Erkrankungsprozesse haben längere Verläufe und was nach außen sichtbar ist, entspricht oft nur der vielzitierten Spitze des Eisbergs. Man sollte also nicht warten, bis das Kind vollends in den Brunnen gefallen ist, man sollte unverzüglich handeln, nachdem das Problem nun hinlänglich bekannt ist. Vielerlei kann man tun, die Maßnahmen müssen hier nicht eigens aufgelistet werden.

Der VLB wird sich der Thematik in aller Gründlichkeit annehmen, weist aber gleichzeitig mit Nachdruck darauf hin: Zum Nulltarif werden entsprechende Veränderungen nicht zu haben sein.

Wenig Anlass zu Optimismus

Zum Schluss der knapp dreistündigen Gesprächsrunde ging es nochmals um Dienstrechtliches: Der VLB setze sich mit Nachdruck dafür ein, dass das berufliche Schulwesen Garant für eine hohe Qualität der beruflichen Bildung bleibe, sag-



„Alles tun, um das Ansehen der Lehrer in der Öffentlichkeit zu verbessern“. MdL Udo Georg Egleder und Hans Käfler (VLB).



Detailfragen geklärt: SPD-Landeschef MdL Wolfgang Hoderlein (links) und Dr. Siegfried Hummelsberger (VLB).

Eine Arbeitsatmosphäre, wie man sie sich wünscht:



Heiteres, Bedenkliches und Argumentatives im Wechsel.



Alle Fotos P. Thiel

te Sauerwein. Voraussetzung dafür aber seien u.a. Motivation, Leistungsbereitschaft und Leistungsvermögen der Lehrkräfte. Leider geben die Änderungen beim Beamtenversorgungsgesetz wenig Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken, da sie den öffentlichen Dienst einseitig belasten. Insbesondere die mit dem Versorgungsänderungsgesetz zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Regelungen sind dem VLB ein Dorn im Auge.

Die aktuelle Entwicklung zum Besoldungsstrukturgesetz hingegen begrüßt der VLB. Besonderes Augenmaß sei bewiesen durch die Herausnahme der Bandbreitenregelung und die Beibehaltung des Verheiratetenzuschlags, hieß es.

Auch die Anhebung der Quote für die Vergabe von leistungsorientierten Besoldungselementen auf 15% finde Zustimmung. Die Quotierung war auch bisher schon als überwindbar betrachtet worden. Wenn

die Zulage die Beförderung ersetze, stehe letztere auf dem Spiel. Der VLB halte dies für wenig motivierend. Eine vermehrte Vergabe von Führungspositionen auf Zeit (z.B. für Schulleiter) lehne er ab.

Den Modus der Altersteilzeit belassen

Die Altersteilzeit betrachte der VLB als wichtiges Instrument zur Personalsteuerung. Sie biete älteren Lehrkräften die Möglichkeit, zunehmende Berufsbelastung und individuelle Leistungsfähigkeit sozialverträglich abzustimmen. Daher fordere der Verband, die Altersteilzeit in den bestehenden Grundstrukturen zu belassen.

Zurückzunehmen hingegen sei die verlängerte Wochenarbeitszeit des öffentlichen Dienstes (Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche), da sie eine „regionale Besoldungskürzung“ darstelle.

Teilnehmer der SPD-Fraktion:

Egleder Udo Georg
Franzke Dietmar
Fürst Dr. Ulrike
Hoderlein Wolfgang
Naaß Christa
Odenbach Friedrich
Pranghofer Karin
Radermacher Karin
Werner-Muggendorfer Johanna

Teilnehmer des VLB:

Birner Michael
Bosch Hansjörg
Brosig Klemens
Greubel Manfred
Hummelsberger Dr. Siegfried
Käfler Hans
Lamprecht Wolfgang
Leischner Dietmar
Sauerwein Hermann
Scholz Günther
Thiel Peter
Ulbrich Armin

Aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Der EUROPASS-Berufsbildung in Deutschland

Sachverhalt

Der EUROPASS-Berufsbildung ist ein europaweit einheitliches Dokument und geht zurück auf die Entscheidung des Rates der Europäischen Union vom 21. Dezember 1998¹ zur Förderung von alternierenden Berufsbildungsabschnitten. Mit dem EUROPASS wird bestätigt, „dass eine Person in alternierender Berufsbildung, einschließlich der Lehrlingsausbildung, einen oder mehrere Ausbildungsabschnitte in einem anderen Mitgliedstaat absolviert hat als dem, in dem sie ihre Berufsausbildung erhalten hat“².

Der EUROPASS-Berufsbildung trat am 01.01.2000 in Kraft. Er bescheinigt die in Auslandsaufenthalten erworbenen Qualifikationen und sorgt damit europaweit für eine größere Transparenz.

Der EUROPASS-Berufsbildung gilt für alle Formen der alternierenden Berufsausbildung. Dies schließt auch den Bereich der Weiterbildung und der Hochschulen mit ein, sofern ein betrieblicher Teil absolviert wird.

Er steht allen Teilnehmern an Mobilitätsprojekten im Rahmen der EU-Bildungsprogramme LEONARDO DA VINCI und SOKRATES zur Verfügung. Darüber hinaus kann er aber auch unabhängig von EU-Programmen für alle Formen von praktischer beruflicher Aus- und Weiterbildung in einem EU-Mitgliedsstaat beantragt werden.

Es handelt sich um ein zwölfseitiges Heft in DIN A5-Format, in das neben den persönlichen Daten des Teilnehmers/der Teilnehmerin die Art und Dauer der im Ausland erworbenen Qualifikationen eingetragen werden können. Diese werden von der Aufnahmeeinrichtung im Ausland und von der entsendenden Stelle oder Einrichtung im Herkunftsland eingetragen, abgestempelt und unterzeichnet. Dabei wird jeder Eintrag sowohl in der Sprache

des Herkunfts- als auch des Gastlandes abgefasst. Momentan erfolgen dabei keine Leistungsbeurteilungen.

Der EUROPASS-Berufsbildung kann nicht von Einzelpersonen, sondern nur von Einrichtungen der beruflichen Bildung (Berufsschulen, ausbildende Unternehmen, Universitäten, außer- und überbetriebliche Bildungseinrichtungen etc.) beantragt werden.

Finanziert wird der EUROPASS-Berufsbildung durch Mittel der Europäischen Union.

Ausgabe des EUROPASS-Berufsbildung/Durchführung

Mit der Ausgabe des EUROPASS-Berufsbildung wurden in Deutschland 10 Ausgabestellen beauftragt, wobei die Carl Duisberg Gesellschaft e.V. (CDG) sogenannte koordinierende Ausgabestelle ist, d.h., dass sie neben der Ausgabe der Pässe an Einrichtungen und Träger auch für die statistische Erfassung, die Budgetverwaltung und die Berichte und Evaluationen an die EU-Kommission zuständig ist.

Als Kriterien für die Ausgabe des EUROPASS-Berufsbildung wurden in Deutschland entsprechend der Vorgaben des Ratsbeschlusses folgende Merkmale entwickelt:

- Vereinbarung zwischen entsendender und aufnehmender Berufsbildungseinrichtung, einschließlich Hochschule, über Inhalt, Dauer und Ablauf der Qualifizierungsmaßnahme,
- Bereitschaft der Einrichtungen zur beidseitigen Bestätigung der Auslandsqualifikation im EUROPASS-Berufsbildung,
- eine praxisorientierte Komponente – Betriebspraktikum,
- Begleitung der Maßnahme durch einen Ausbilder,
- Auslandsqualifizierung ist Bestandteil der Berufsausbildung

(dazu zählen auch freiwillig vereinbarte Auslandsqualifikationen, d. h. der Austausch muss nicht in Ausbildungsordnungen vorgesehen sein).

Wie erwähnt wird der EUROPASS-Berufsbildung auch für Auslandsaufenthalte im Rahmen der beruflichen Weiterbildung verwendet. Gleiches gilt für berufliche Vollzeitschüler mit Betriebspraktikum im Ausland sowie für Studenten und Hochschulabsolventen, wenn ein betrieblicher Teil absolviert wird.

Umsetzung/Statistik

Seit der Einführung zum 1. Januar 2000 wurden in Deutschland ca. 12.000 EUROPÄSSE ausgegeben. Damit liegt Deutschland an der Spitze der beteiligten europäischen Staaten. Angesichts der Tatsache, dass nur ca. 1 % aller Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt während ihrer Ausbildung absolvieren, kann dies als beachtlicher Anfangserfolg gewertet werden.

Was die anfordernden Institutionen betrifft, sind die Berufsschulen und die beruflichen Vollzeitschulen stark vertreten; daneben gibt es zahlreiche Anträge von ausbildenden Unternehmen sowie aus dem Bereich überbetrieblicher Bildungseinrichtungen³.

Bezüglich des Bildungsbereiches der Maßnahmen ist auffällig, dass mehr als 80 % aller Anträge den Bereich der beruflichen Erstausbildung betreffen, wohingegen die berufliche Weiterbildung mit 14,48 % nur einen verhältnismäßig geringen Anteil stellt.

Mit 57,3 % Teilnehmerinnen und 42,7 % Teilnehmern ist die Teilnehmerstruktur relativ ausgewogen. Rund die Hälfte der Teilnehmer/innen hat den Auslandsaufenthalt in Großbritannien verbracht, danach kommen als Zielländer Spanien, Frankreich, Niederlande und Italien.

Hinsichtlich der Berufsfelder liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung (15,6 %), Metall-, Maschinen-, Elektrotechnik und Elektronik (14,0 %) sowie „Hotel-, Gaststättengewerbe und Tourismus“ (11,3 %)⁴.

Evaluation

Eine im Auftrag des BMBF und der Carl Duisberg Gesellschaft durchgeführte Evaluation zum EUROPASS-Berufsbildung des Forschungsinstituts für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln kommt zu dem Ergebnis, dass der EUROPASS ein sinnvolles Instrument zur Fixierung von Auslandsaufenthalten darstellen kann, aber noch bekannter werden muss und auch zeitgerechter und individueller gestaltet werden sollte.

Wie die Studie zeigt, sind Akzeptanz und Bekanntheitsgrad des EUROPASS-Berufsbildung zufriedenstellend. Zwar wird der Nutzen des EUROPASSES bei den Ausgabestellen als überwiegend positiv eingeschätzt. Die Maßnahmeträger (anfordernde Bildungseinrichtungen) dagegen bemängeln vor allem das äußere Format des EUROPASSES, welches das Ausfüllen unnötig aufwendig macht.

Die im Rahmen dieser Studie durchgeführte (nicht repräsentative) Befragung zeigt, dass vor allem eine Steigerung des Bekanntheitsgrades gewünscht wird, um dadurch die Akzeptanz des EUROPASSES in der Wirtschaft und den Nutzen für den Einzelnen zu steigern.

Ausblick

In diese Richtung gehen dementsprechend auch die durchgeführten, zukünftig geplanten und angestrebten Änderungen⁵.

Es wird angestrebt, den EUROPASS in einer PC-gerechten Lösung bzw. als Loseblatt-Sammlung auszugeben, damit zum einen das Ausfüllen erleichtert wird, und zum anderen mehr Platz für Eintragungen besteht. Dadurch könnten dann auch mehr als die bisherigen 3 Maßnahmen eingetragen werden. Dem steht im Moment allerdings noch die im Anhang der Ratsentscheidung getroffene Regelung zum Format des EUROPASS-Berufsbildung entgegen⁶.

Außerdem wurde das Anforderungsverfahren für die Bildungseinrichtungen durch eine Überarbeitung des Anforderungsbogens vereinfacht.

Inhaltlich wird eine Ausweitung



„Innenleben“ eines aktuellen Europasses

des Anwendungsbereiches angestrebt, z. B. die Öffnung für Schulpraktika und Einbeziehung der MOE-Staaten, die auch jetzt schon an den EU-Bildungsprogrammen LEONARDO DA VINCI und SOKRATES teilnehmen.

Darüber hinaus wird für den EUROPASS in der Zukunft verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden, um das Informationsdefizit zu beheben und den EUROPASS einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dazu zählen schon eingeleitete Maßnahmen wie die „EUROPASS-Homepage“ (<http://www.europass-berufsbildung.de>), eine Broschüre zur Information der Trägerorganisationen und ein Messestand. Eine Informationsbroschüre des BMBF steht ergänzend zur Verfügung

Hinzu kommen gemeinsame PR-Maßnahmen wie zum Beispiel:

- Newsletter via E-Mail,
- Plakatwettbewerbe in Beruflichen Schulen,
- PR-Aktionen mit Sympathieträger Jugend,
- Zielgruppenspezifische Presseartikel,
- Hotline über Call-Center,
- Artikel in Fachpresse der Organisationen,
- Einheitliches Erscheinungsbild,
- Werbung in Grenzregionen (EU-REGIO),
- Zielgruppenspezifische Broschüren.

Zusammenfassung

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der EUROPASS in Deutschland schon gut genutzt wird. Vor dem Hintergrund der eingeleiteten Verbesserungen bzw. der vorgesehenen verstärkten Öffentlichkeitsarbeit wird der EUROPASS-Berufsbildung zu einer Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt beitragen, indem praktische Auslandserfahrungen klar nachgewiesen werden können. Mobilität und Auslandserfahrung sind ein Plus auf dem Arbeitsmarkt. Der EUROPASS ist dabei ein Weg zum Erfolg. Darum unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Verbreitung des EUROPASS in Deutschland und fördert die Mobilität junger Menschen mit vielfältigen Maßnahmen. 

- 1 1999/51/EG in Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 22.1.1999, L 17/45)
- 2 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 22.1.1999, L 17/47
- 3 Quelle: Evaluation des EUROPASS-Berufsbildung durch das Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln im Auftrag des BMBF und der Carl Duisberg Gesellschaft.
- 4 Quelle: siehe Fußnote 3
- 5 Resultat der Tagung der deutschen Ausgabestellen des EUROPASS-Berufsbildung unter Beteiligung des BMBF am 14./15. Mai 2001 in Bad Breisig
- 6 Anhang zur Entscheidung des Rates vom 21. Dezember 1998 (1999/51/EG), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft L 17/49.

„Sorge um den Lehrernachwuchs . . .“



... war das Motto eines Spitzengesprächs auf Bundesebene. Geführt wurde es (von rechts) zwischen Günther Besenfelder (Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, BLBS), Rainer Böttcher (Kultusministerium Sachsen), Prof. Dr. Reinhard Bader (Universität Magdeburg), Prof. Dr. Antonius Lipsmeier (Universität Karlsruhe), Peter Brückner (Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Hermann Sauerwein (VLB, nicht auf dem Foto). Gesprächspunkte waren die Erhöhung der Anwärterbezüge, Verbesserungen für Studium und Referendariat und Programme für Seiteneinsteiger.

Weniger Jugendliche beginnen Berufsausbildung

(dpa) Immer weniger Jugendliche in Deutschland beginnen eine Berufsausbildung. Im Jahr 2001 sank die Zahl der neuen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent auf rund 610.000, teilte das Statistische Bundesamt am 3. April mit. Insgesamt sei die Entwicklung sowohl in den einzelnen Berufsbranchen als auch in den Bundesländern zu unterschiedlich, als dass eine eindeutige Ursache für den Trend ausgemacht werden könnte. Die Zahl der Berufsausbildungen sei bereits zum zweiten Mal in Folge gesunken. Im Jahr 2000 hatten zwei Prozent weniger Jugendliche einen Vertrag unterschrieben als noch 1999.

Der Zulauf zu akademischen Berufen ist nach Ansicht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Bonn ein Grund für die rückläufige Zahl. „Viele Schulabgänger interessieren sich für ein Studium“, sagte ein Sprecher.

Das gesunkene Interesse an einer Berufsausbildung ist laut BIBB nicht auf ein rückläufiges Angebot an Ausbildungsplätzen zurückzuführen. In den vergangenen beiden Jahren seien jeweils rund 630.000 Ausbildungsplätze angeboten worden, so die Bundesanstalt für Arbeit. Die Zahl der Jugendlichen, die keine Stelle gefunden hätten, sei im gleichen Zeitraum um rund 3.500 gesunken.

Der Rückgang der Ausbildungsverträge fiel stark branchenabhängig aus. Besonders betroffen war mit einem Minus von 6,9 % die Bauwirtschaft. Dagegen blieb im Bereich Industrie und Handel die Zahl der Verträge nahezu unverändert.

Einen Zuwachs an Ausbildungsverträgen um 2,3 Prozent verzeichneten Berufe in der Hauswirtschaft. In so genannten „Freien Berufen“, etwa dem der Arzthelferin, betrug das Plus ein Prozent.

Pressemitteilung des Bayerischen Beamtenbundes, 8. April 2002:

Ursachenforschung zu Frühpensionierungen

Als längst überfällige Maßnahme bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, das Vorhaben des Bundesinnenministeriums, die Ursachen der Frühpensionierungen bei Beamten zu untersuchen.

„Das Ergebnis wird zeigen, dass sich entgegen des landläufigen Vorurteils keineswegs der Großteil der Beamtenschaft bei bester Gesundheit einen gemühtlichen Lebensabend weit vor der regulären Altersgrenze macht,“ so Habermann. „Wer ständig die Aufgaben mehrt und gleichzeitig das Personal im öffentlichen Dienst massiv abbaut, braucht sich nicht zu wundern, wenn immer mehr Beamte vorzeitig ausgedient sind und wegen Dienstunfähigkeit pensioniert werden müssen.“

Der BBB erinnerte daran, dass Frühpensionierungen nicht auf Antrag der Beamten erfolgen, sondern von amtlich bestellten Medizinern auf Veranlassung des Dienstherrn nach intensiven Untersuchungen festgestellt werden. Es sei auch kein Zufall, dass Frühpensionierungen in bestimmten Bereichen gehäuft vorkämen. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten z. B. im Justizvollzug, bei Polizei und im Schulbereich seien extrem stressbelastend und müssten zwangsläufig negative Folgen auf Gesundheit und Dienstfähigkeit haben.

Habermann kritisierte, dass längst vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen, über die Gründe für Frühpensionierungen weitgehend unbeachtet blieben. Es sei entweder gar nicht oder falsch reagiert worden, indem man beispielsweise die Arbeitszeit der Beamten heraufgesetzt oder Altersentlastungen reduziert habe.

Anfragen – Anträge – Beschlüsse:

- **Antrag** der Abgeordneten Traublinger, Dingreiter, Dr. Wilhelm, Dodell, Meyer, Sackmann (CSU):

Direkte Zulassung von Handwerksmeistern zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule in Bayern (21.1.02)

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, wie der Zugang von Meistern zur Fachhochschule in andern Ländern der Bundesrepublik im Vergleich zu Bayern geregelt ist.

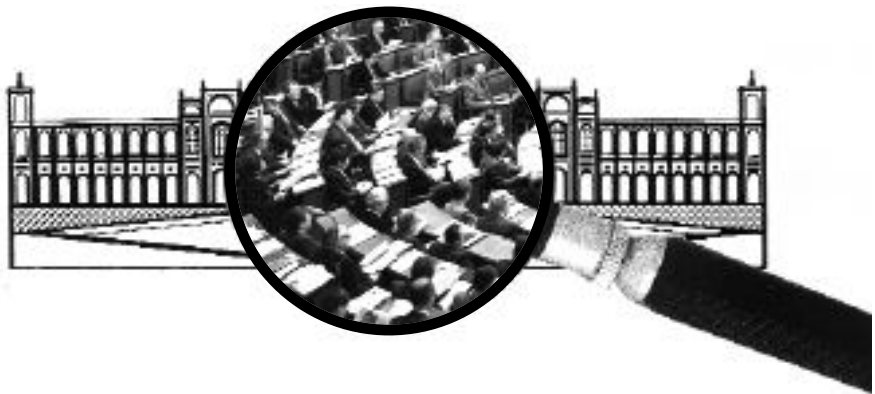
Die Staatsregierung wird darüber hinaus gebeten, basierend auf den Erkenntnissen der Modellversuche an den Fachhochschulen Amberg-Weiden und Ingolstadt Handwerksmeister und –meisterinnen in den anerkannten Ausbildungsberufen den Zugang zum Fachhochschulstudium zu ermöglichen.

- **Antrag** der Abgeordneten Knauer, Schneider Siegfried, Dr. Eykmann, Nöth, Donhauser, Guttenberger, Rudrof, Sackmann, Schmid Peter, Sibling, Dr. Spacnle, Stahl Georg, Thätter (CSU):

Lehrkräfte an der Akademie für Lehrerbildung, Dillingen, im Hochschuldienst und am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (28.1.02)

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird gebeten zu prüfen, durch welche Maßnahmen die Attraktivität der vorübergehenden Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer an der Akademie für Lehrerbildung, Dillingen, und am Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung gesteigert werden kann.

Angesichts der wachsenden Pensionierungszahlen bieten sich langfristig qualifizierten Lehrkräften



ähnliche Entwicklungschancen an den Schulen wie an den o. a. Einrichtungen. Um die Konkurrenzfähigkeit dieser zu erhalten bzw. zu erhöhen, soll durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden, dass diese Tätigkeiten mindestens so attraktiv sind wie die vergleichbaren Schullaufbahnen.

Beispielsweise soll geprüft werden, ob – entsprechende Bewährung unterstellt – die schulische Tätigkeit, die nach dem Einsatz in den genannten Einrichtungen folgt, in Aussicht gestellt werden kann. Zusätzlich soll geprüft werden, inwieweit die örtlichen Präferenzen der Lehrkräfte vorrangig Berücksichtigung finden können.

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Glück, Schneider Siegfried, Dr. Eykmann, Ach, Heckel, Knauer, Meyer, Nöth, Thätter, Dr. Waschler und Fraktion (CSU):

Dienstliche Beurteilung (20.2.02)

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein eigenständiges System der dienstlichen Beurteilung der Lehrkräfte im Hinblick auf deren besondere berufsspezifische Situation zu schaffen. Ziel soll sein, ein Beurteilungssystem einzuführen, welches nach Leistungs- und Verwendungsbeurteilung differenziert.

Die dienstlichen Beurteilungen werden durch den jeweiligen Schulleiter erstellt.

Es ist anzustreben, die Zahl der periodischen Beurteilungen auf ein für die jeweilige Schulart unverzichtbares Mindestmaß festzulegen und weitere Beurteilungen auf Antrag des zu Beurteilenden oder im Zusammenhang mit Bewerbungen für Funktions- und Leitungsstellen zu erstellen.

Nach Abschluss der Regelbeurteilungen sollen die Lehrkräfte durch regelmäßige, von den Schulleitungen erstellte Rückmeldungen („Leistungsbericht“) über die Einschätzung ihrer Leistungen unterrichtet werden. Diese Rückmeldung soll die mit der Lehrkraft gemeinsam festgelegten künftigen Ziele und evtl. vorhandene berufliche Entwicklungsmöglichkeiten enthalten. Die Rückmeldung soll keine Bewertung im Rahmen eines Punkteschemas oder einer Notenskala beinhalten.

Dem Landtag ist vor In-Kraft-Setzen der entsprechenden Änderungsverordnung zur Laufbahnverordnung und der darauf basierenden Beurteilungsrichtlinien für den Lehrerbereich, spätestens bis zum 1. März 2003, zu berichten.

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Maget, Franzke, Naaß, Irlinger, Egleder, Goertz, Odenbach, Pfaffmann, Pranghofer, Wörner und Fraktion SPD:

Stopp des 16-Punkte-Beurteilungssystems (21.2.02)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das derzeitige Beurteilungssystem sofort zu stoppen.

Mit den Betroffenen (Personalvertretungen, Gewerkschaften und Berufsverbänden) und den kommunalen Spitzenverbänden sind Verhandlungen über ein gerechteres System der dienstlichen Beurteilungen unverzüglich aufzunehmen. Dem Landtag ist bis zum 31.12.02 zu berichten.

Begründung:

Eine erfolgreiche Umsetzung der Reform in Bayern steht und fällt mit der Akzeptanz der Beschäftigten. Die Akzeptanz des neuen Beurteilungssystems ist nicht gegeben.

Die Formulierungen in der Laufbahnverordnung und den materiellen Beurteilungsrichtlinien bezüglich der 16-Punkte-Skala täuschen Objektivität, Transparenz und Genauigkeit nur vor, ermöglichen dem Beurteiler jedoch noch mehr als bisher Bewertungsspielräume, die jeglicher Nachvollziehbarkeit entzogen sind. Quotierungen in den einzelnen Ministerien, auch noch dazu unterschiedlich, haben nichts mehr mit einer gerechten Beurteilung zu tun. Wenn Leistung in den unterschiedlichen Laufbahnen nicht gleich bewertet wird, kann eine Akzeptanz durch die Betroffenen nicht erwartet werden.

Insbesondere für den Lehrerberreich ist zu prüfen, ob die Zahl der Beurteilungen nicht erheblich reduziert werden und die Regelbeurteilung durch eine Anlassbeurteilung abgelöst werden kann.

- **Antrag** der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Sprinkart, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN:

Beurteilung der Lehrerinnen und Lehrer vereinfachen (25.2.02)

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefor-

dert, künftig für die Lehrer nach der Probezeitbeurteilung nur noch zwei Regelbeurteilungen durchzuführen. Danach finden Beurteilungen nur noch auf Antrag des Betroffenen statt z. B. bei Bewerbung um Funktionsstellen. Die Laufbahnordnung ist dementsprechend zu ändern.

Begründung:

Nachdem es bei der Laufbahn für Lehrerinnen und Lehrer nur verhältnismäßig wenig Beförderungstellen gibt, spielt die Personalbewirtschaftung als Hauptargument für die periodischen Beurteilungen in diesem Personenkreis nahezu keine Rolle, von dem Anspruch die Motivation der Beurteilten zu fördern ganz zu schweigen. Auf alle Fälle steht der Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Verwaltungsaufwand.

- **Beschluss** des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Knauer, Schneider Siegfried u. a. CSU Drs. 14/7668, 14/8625

Lehrerversorgung an beruflichen Schulen (21.02.02)

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen,

- ob den möglichen personellen Engpässen u. a. in kaufmännischen Fächern an beruflichen Schulen dadurch begegnet werden kann, dass Gymnasiallehrern mit der Fächerverbindung Wirtschaft, die derzeit die Genehmigung zum Einsatz an beruflichen Schulen für lediglich ein Jahr erhalten, diese grundsätzlich für die Dauer von fünf Jahren erteilt werden könnte, und
- ob Gymnasiallehrern mit der Fächerverbindung Wirtschaft und einem an beruflichen Schulen einsetzbaren weiteren Fach

der dauerhafte Einsatz an beruflichen Schulen dann genehmigt werden kann, wenn sie eine abgeschlossene Lehre oder vergleichbare einschlägige berufliche Erfahrungen nachweisen können.

- **Beschluss** des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Knauer, Schneider Siegfried u. a. CSU Drs. 14/8011, 14/8705

Stärkung der Unterrichtsversorgung an bayerischen Schulen (21.02.02)

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit durch gezielte Werbemaßnahmen bedarfsorientiert bei Teilzeit beschäftigten Lehrern vorübergehend die Bereitschaft zum Abhalten von mehr Unterricht geweckt werden kann.

Ebenso ist zu prüfen, inwieweit durch den Abbau von Teilzeitangeboten die Zahl der gehaltenen Unterrichtsstunden erhöht werden kann. Von letzterem sollen alle Teilzeitangebote ausgenommen werden, die aus familienpolitischen Gründen eingeführt wurden.

Die Maßnahmen sind im Rahmen der vorhandenen Stellen umzusetzen.



Dienstliche Beurteilung wird reformiert



Im impressionistischen Lichtspiel der Frühjahrssonne: Die Vorsitzenden der abl-Verbände im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Professor Dr. Walter Eykmann (zweiter von links). Es geht um das Thema „Dienstliche Beurteilung“. Max Schmidt (bphv), Hermann Sauerwein (VLB) und Bernhard Buckenleib (KEG) äußerten ihre Bedenken gegen den bestehenden Modus, hatten aber gleichzeitig den Eindruck, bei Eykmann „offene Türen“ einzurennen. An dem Gespräch teilgenommen hatte auch Peter Peltzer (brlv), der nicht auf dem Bild ist.



Um das gleiche Thema ging es bei einem Gespräch der VLB-Spitze mit dem Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Alois Glück (zweiter von rechts) und MdL Siegfried Schneider (rechts).

Die dienstliche Beurteilung ist auch Thema des folgenden Pressepapiers, das der VLB Mitte März über Land schickte:

Bayerischer Landtag erkennt Untauglichkeit des Beurteilungssystems für Lehrkräfte an

Sauerwein: „Die vielen Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern haben sich gelohnt“

(München) Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) ist erfreut, dass der Bayerische Landtag zusammen mit Kultusministerin Hohlmeier und Frakti-

onsvorsitzendem Alois Glück die Einwendungen gegen die höchst demotivierende dienstliche Beurteilung der Lehrkräfte so offen aufgenommen hat und umgehend mit dem Beschluss im Ausschuss Öffentlicher Dienst den Weg für ein zeitgemäßes System frei gemacht hat.

Diesen Weg werde man seitens des VLB konstruktiv-kritisch begleiten, so Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender des VLB. Dabei müsse auf die Belange der Lehrkräfte an beruflichen Schulen eingegangen werden. Mit dem Beschluss ist klargestellt, dass den derzeitigen Beurteilungen die Aussagekraft über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte fehle. Da an beruflichen Schulen jeweils Beurteilungsjahre gelten, werden die Lehrkräfte erst wieder im Jahr 2005 nach dem neuen System beurteilt werden. Dies bedeute, so Sauerwein, dass bis dahin Beförderungen und Übertragung von höher dotierten Ämtern auf der derzeitigen untauglichen Beurteilung durchgeführt werden. Das gelte es nun zu revidieren. Auf jeden Fall müssen sich alle interessierten Lehrkräfte um Funktionen bewerben können und mit einer anlassbezogenen Verwendungsbeurteilung bewertet werden. Auch erwarte der Verband, dass die zahlreichen Einwendungen der Lehrkräfte gegen ihre Beurteilung ergebnisoffen und fair überprüft und bei Vorliegen gut begründeter Gegendarstellungen auch abgeändert werden.

Eine besondere Härte habe vor allem die Handhabung des Systems durch Vorgabe von Schuldurchschnitten mit 9,0 Punkten gebracht. Auch die Schulleiter haben sich massiv darüber beklagt, dass sie aufgrund der Schnittvorgabe den Leistungen vieler Kollegen nicht gerecht werden konnten. Auch die beruflichen Schulen arbeiten intensiv an der inneren Schulentwicklung und am Eigenprofil ihrer Schulstandorte. Dazu ist ein überdurchschnittliches Engagement der Lehrerinnen und Lehrer vonnöten. „Die tatsächlich vergebenen Punkte waren für viele Kollegen wie ein Schlag ins Gesicht“, so Sauerwein. „Wir benötigen ein System, das sowohl der Unterrichtsqualität wie auch dem hohen außerunterrichtlichen Engagement an Schulen Rechnung trägt.“

Ende Januar 2002 veröffentlichte das Kultusministerium folgende Pressemitteilung:

Mobile Reserve wird ausgebaut

„Wir bauen die Mobile Lehrerreserve an bayerischen Schulen weiter aus. So können wir kurzfristigen Ausfällen z. B. bei der Erkrankung einer Lehrkraft noch effektiver begegnen“, erklärte Kultusstaatssekretär Karl Freller vor dem Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags. Das Kultusministerium plane die Ausweitung der Mobil-Reserven (MOB) in allen Schularten. „Es ist unser Ziel, Unterrichtsausfall für unsere Schülerinnen und Schüler so gering wie möglich zu halten oder am besten ganz zu vermeiden“, so Freller.

„Erstmals wird es ab nächstem Schuljahr MOB-Lehrer für die bayerischen Realschulen geben“, kündigte

der Staatssekretär an. In einer Versuchsphase werden an jeder Dienststelle der Ministerialbeauftragten zunächst 5 Lehrkräfte bereit gestellt. Sie kommen bei Ausfällen von drei bis zwölf Wochen zum Einsatz. Kürzere Vertretungsfälle werden weiterhin schulintern abgedeckt. Für längere Krankheitsvertretungen gibt es wie bisher Aushilfslehrkräfte.

„Der Einsatz unserer Mobilen Reserve an den Gymnasien ist bei Eltern und Schulen sehr positiv aufgenommen worden. Wir wollen deshalb die Zahl der Lehrer im nächsten Schuljahr auf 150 Stellen aufstocken“, erläuterte Freller. Nach einem Probelauf im letzten Schuljahr sind aktuell 77 MOB-Lehrerinnen und Lehrer an den bayerischen Gymnasien im Einsatz. Sie erhalten einen auf zwei Jahre befristeten Angestelltenvertrag mit der Zusage der Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Auch im Bereich der Grund- und Hauptschulen hat sich die Vertretungssituation erheblich verbessert. Um den während des Schuljahres steigenden Aushilfsbedarf abzudecken, wurden zusätzliche Mittel für 340 Vollzeitverträge bereit gestellt. Erstmals konnten diese Aushilfsverträge bereits ab 1. Dezember statt im Februar vergeben werden. Das Ministerium hat eine Erhebung über die konkrete Vertretungssituation in der ersten Woche nach den Weihnachtsferien durchgeführt. Diese Umfrage ergab, dass alle Lehrerinnen und Lehrer der Mobilen Reserve im Einsatz waren und der Anteil der Klassen, die keine MOB-Lehrkräfte erhielten, nur bei 0,7 % lag.

„Bei den Förderschulen haben wir die Mobile Reserve mit Hilfe des Aktionsprogramms Förderschulen in den letzten zwei Jahren um 50 Stellen erhöhen können“, so Freller. Ein weiterer Ausbau in den nächsten Jahren sei angestrebt.

**Schreiben des VLB an Staatssekretär
Karl Freller, 28. Februar 2002**

Mobile Reserve an allen bayerischen Schularten

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär Freller,
wie ich der Pressemitteilung Nr. 34 vom 31. Januar 2002 Ihres Hauses entnehme, haben Sie sich vor dem Bildungsausschuss des Bayerischen Landtages vehement für die Erweiterung der Mobilen Reserve an allen bayerischen Schularten eingesetzt.*

Ihre Aussage: „Wir bauen die Mobile Lehrerreserve an bayerischen Schulen weiter aus. So können wir kurzfristigen Ausfällen z. B. bei der Erkrankung einer Lehrkraft noch effektiver begegnen“, unterstützen wir voll. Auch die Zielsetzung, dass Sie die Ausweitung der Mobilen Reserve in allen Schularten fordern ...“ es ist unser Ziel, Unterrichtsausfall für unsere Schülerinnen und Schüler so gering wie möglich zu halten oder am besten ganz zu vermeiden“ ... sehen wir als Schritt in die richtige Richtung.

Liest man die Pressemitteilung jedoch ganz, so muss man feststellen, dass in den einzelnen Absätzen nur die „bayerischen Realschulen“, die „Gymnasien“, die „Grund- und Hauptschulen“ sowie die „Förderschulen“ genannt sind.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Freller, sicherlich gibt die Pressemitteilung Ihre Aussage vor dem Bildungsausschuss des Bayerischen Landtages verkürzt wieder. Ich kann mir nicht vorstellen, dass, wenn Sie von allen bayerischen Schularten sprechen, ausgerechnet die beruflichen Schularten fehlen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dies richtig stellen könnten.

*Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein
Landesvorsitzender*

**Antwortschreiben von Staatssekretär
Karl Freller an den VLB, 3. April 2002**

Mobile Reserve an allen Bayerischen Schularten

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,
in der Tat trete ich dafür ein, dass die Mobile Reserve an allen bayerischen Schularten eingeführt bzw. erweitert wird. Auch für die beruflichen Schularten wird eine mobile Lehrerreserve angestrebt; freilich stellt sich in diesem Zusammenhang das Problem, dass hierfür ausreichend Stellen zur Verfügung stehen müssen. Die bereit stehenden Stellen müssen zunächst vorrangig zur dauerhaften Vermeidung von Unterrichtsausfall verwendet werden. Sofern es gelingt, für die beruflichen Schularten eine Mobile Lehrerreserve zu etablieren, wird dies auch in der Presse ihren Ausdruck finden.*

*Mit freundlichen Grüßen
Karl Freller
Staatssekretär*

Schreiben von Kultusministerin Monika Hohlmeier an den VLB, 20. März 2002

Sicherung des Lehrernachwuchses für berufliche Schulen; hier: Anwärtersonderzuschläge

Sehr geehrter Herr Sauerwein,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 4. Januar 2002. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus strebt an, ab dem Schuljahr 2002/2003 Anwärtersonderzuschläge für Referendarinnen und Referendare für das Lehramt an beruflichen Schulen zu gewähren. Voraussetzung für die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ist nach § 63 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern; dieses Tatbestandsmerkmal wird in den beruflichen Fachrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Metalltechnik, Elektrotechnik und Nahrung als gegeben angesehen.

Die Verhandlungen mit dem Finanzministerium wurden bereits aufgenommen. Im Rahmen dieser Verhandlungen wird sich ergeben, ob und ggf. in welchem Umfang Mittel für die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen bereitgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Hohlmeier

Schreiben des Bayerischen Landtags an den VLB, 13. März 2002

Zulagengewährung für Werkstattausbilder an Fachoberschulen

Eingabe vom 10.04.2001

Sehr geehrter Herr Sauerwein,
der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat Ihre Eingabe in der Sitzung vom 19.02.2002 beraten und beschlossen, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen (§ 84 Nr. 3 der GeschO). Der Ausschuss kam zu der Auffassung, dass die Tätigkeit eines Werkstattausbilders, der dieselbe Leistung erbringt wie eine ausgebildete Lehrkraft, auch wenn die entsprechende Ausbildung fehlt, zwar nicht durch Höhergruppierung aber durch eine Zulage honoriert werden sollte. Die Eingabe wurde deshalb der Staatsregierung zur nochmaligen Überprüfung zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen
Miller, Ministerialrat

Sozialkundeunterricht einmal anders:

Zukunftswerkstatt Europa

DIETRICH CLAUS

Ist-Analyse

"Die Jugend zeigt Europa die kalte Schulter", bewertet Peter Thiel in VLB-Akzente 01/02 die Ergebnisse der letzten Shell-Studie. In der Tat, die Europäische Union steckt in ihrer Akzeptanz bei den Jugendlichen und vermutlich auch Erwachsenen in einer ambivalenten Lage, die sich als Erfolgsfalle bezeichnen lässt: Zum einen profitieren die jungen EU-Bürger von den Vorteilen des Binnenmarktes und der Währungsunion in Form des freien Warenaustausches, der Freizügigkeit der Person oder der einheitlichen Währung, zum anderen zeigen sich auch

Jugendliche reserviert oder gar kritisch gegenüber dem europäischen Einigungsprozess, wenn es z.B. um die entstandene Konkurrenz am Arbeitsplatz geht. Diese Distanz wird noch verstärkt durch die Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse und Organisationsstrukturen auf europäischer Ebene. Europapolitik wird verschiedentlich als relevanter Politikbereich nicht ausreichend wahrgenommen. Resignierend müssen Lehrer feststellen, dass junge Menschen in ihrer Suche nach überschaubaren Strukturen sich zunehmend an nationale bis nationalistische Orientierungsmustern klammern. Die friedensstiftende Funktion der europäischen Bewegung wird von der jungen Ge-

neration wohl auf Grund der selbstverständlich gewordenen Realität nur noch selten erkannt.

Wie kann Schule auf diese Situation reagieren? Und dies insbesondere auf dem Hintergrund, dass der europäische Einigungsprozess unumkehrbar erscheint.

- Europabezogene politische Bildung muss sich als quasi didaktisches Prinzip im Sozialkundeunterricht etablieren können. Das bedeutet, dass Unterrichtsinhalte immer wieder auf ihre Verknüpfungsmöglichkeit zur europäischen Ebene untersucht werden sollten.
- Weiterhin sollten den Schülern die Chancen einer konzertierten EU-Politik im Zusammenhang mit den Risiken Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und Abbau von Sozialstandards vermittelt werden. Erst wenn die Jugendlichen die mangelnde Effizi-

enz nationaler Politiken erkennen, kann eine Hoffnung in einer gemeinsamen europabezogenen Politik entstehen.

- Die Unterrichtsgestaltung muss an den Einstellungsmustern der Schüler ansetzen, sollte also auch die vorhandenen Ressentiments thematisieren, dazu gehört es z. B. auch, die isolierte Betrachtung des deutschen Nettozahlers zu hinterfragen.
- Letztendlich wird EU-Politik verständlicher, wenn sie erfahrungsbezogen und handlungsaktiv vermittelt wird.

Umsetzung

Insbesondere die beiden letzten Argumente lassen sich wirkungsvoll in der Makromethode der Zukunftswerkstatt umsetzen. So könnten die Euroskeptiker unter den Schülern in der so genannten Kritikphase unter der Fragestellung "Was stört mich an der EU?" Vorurteile und berechtigte Kritik verbalisieren. Eine Auseinandersetzung mit der europäischen Einigung würde die nachfolgende Phantasiephase den Schülern abverlangen. Hier wird es den Schülern möglich, Visionen zu einem vereinigten Europa zu entwickeln. Kompliziert dürfte sich allerdings die anschließende Verwirklichungsphase darstellen, da dabei den Schüler die vorhandenen staatsrechtlichen und vertraglichen Fakten vermutlich erst vermittelt werden müssten. Hilfestellungen für die Konzeption von Zukunftswerkstätten finden sich unter: <http://www.wiwi.uni-bielefeld.de/~weinbren/schrifte.htm>. Eine Zukunftswerkstatt lässt sich mühelos an einem Unterrichtstag entwickeln. In der Regel bewerten Schüler diese Tage als gelungene Abwechslung zum Unterrichtsalltag.


Bereits seit mehreren Jahren beschäftigen sich die Auszubildenden zum Verwaltungsfachangestellten an der städtischen Berufsschule V in Augsburg in handlungsaktiver Sozialform mit dem europabezogenen Lernziel des Lehrplanes Sozialkunde. Die Lernsequenz wird begleitet vom Seminar Sozialkunde und un-

terstützt von der europäischen Akademie in München. Der Blockunterricht erleichtert eine komprimierte Vorgehensweise. In der Einführungsstunde werden die Schüler zunächst mit mehreren historischen Karten konfrontiert, die die Schlachtfelder und die Anzahl der Toten und Gefallenen beider Weltkriege beinhalten. Den Jugendlichen soll hierbei die friedensstiftende Funktion des europäischen Einigungsprozesses bewusst gemacht werden. Anschließend werden die Lernenden mit einer mittels klassischer Musik begleiteten Abfolge mehrerer Folien zur Geschichte der EU eingestimmt. Die Schüler lesen dabei die Texte vor. Diese Art der Hinführung erhöht die Konzentration der Schüler stark. Der Schwerpunkt der Stunde liegt auf der Analyse diverser Aussagen berühmter Gründerväter der EU und gegenwärtiger Politiker. "EU schafft Frieden" und "EU schafft Wohlstand" bilden schließlich die beiden Kernaussagen.

Die Wirkungsweise der EU kann nicht verstanden werden ohne Kenntnisse über deren Organe. Diese Wissens Elemente übernehmen in Vorbereitung auf ein nachfolgendes Planspiel Referenten der europäischen Akademie. Ihre u.U. kostenlose Mitwirkung erfolgt auf Vereinbarung (Europäische Akademie, Bayern; Tel. 089/5491410; h.hoffmann@europaeische-akademie.de). In einem Lernzirkel können sich die Schüler selbstständig die Kompetenzen der wichtigsten EU-Organe erarbeiten. Nach dieser teilnehmeraktiven Phase bietet ein kurzer Videofilm der Bundeszentrale für politische Bildung aus der Reihe "Apropos" (<http://www.bpb.de/filme/apropos/index.html>) die Möglichkeit zur Vertiefung. Europa auf spielerische Weise kennen lernen, ermöglicht abschließend das "Puzzle Europa" Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg, www.lpb.bwue.de. In Vorbereitung auf das anstehende Planspiel erhalten die Schüler durch das Puzzle Informationen zu den EU-Staaten und Beitrittskandidaten der EU. Der Beitritt Ungarns, Tschechi-

ens und Polens zur EU stehen dann auch im Mittelpunkt des Planspiels "Osterweiterung", das einen ganzen Unterrichtstag erfordert. In dieser handlungsorientierten Form des Politikunterrichts übernehmen die Schüler die Rolle der Akteure der EU-Politik: Aus den jungen Europäern werden nun Abgeordnete des europäischen Parlamentes, Kommissionsmitglieder, Minister, Vertreter von Beitrittskandidaten und Presse. Die Rollenzuweisung erfolgt durch Los, die Schüler geben sich fiktive landestypische Namen, erhalten ein Rollenprofil und zur Visualisierung der übernommenen Nation ein Namensschild. Nach einer Einarbeitungsphase verinnerlichen die Schüler zumeist rasch ihre Rolle. Nationalismen und Egoismus entwickeln sich und Koalitionen werden geschmiedet. In der Regel genügt die pädagogische Begleitung durch die Experten der europäischen Akademie. Insbesondere in der Schlussphase, wenn es um die Aufnahme der Beitrittskandidaten geht, erfahren die Schüler/innen direkt die komplizierten Entscheidungsabläufe innerhalb der EU, die Politikbereiche der EU werden nun plötzlich viel transparenter, die Interessen der Akteure nachvollziehbarer. "Ich hätte mir nicht gedacht, dass Politik so schwierig ist und so viele Kompromisse geschlossen werden müssen!", findet sich immer wieder als Ergebnis in der abschließenden schriftlichen Bewertung des Planspieltages.

Ausblick

Deutlich positiv bewerten die Schüler zumeist die gewonnenen Erkenntnisse in der Europapolitik, auch ein gestiegenes Interesse an EU-Politik drückt die quantitative Befragung aus. Was kann die Berufsschule anschließend noch zur Akzeptanz der EU leisten? Denkbar wäre im Rahmen einer mehrtägigen Schulabschlussfahrt Exkursionen zu den Schaltzentralen Europas in Straßburg, Luxemburg oder Brüssel. Selbst wenn dabei evtl. auch der Moloch Europa erkenntlich würde, die jungen Europäer zeigten Europa dann nicht mehr die kalte Schulter. 

Personalratswahl 2002

Wahl zum Hauptpersonalrat am 11. – 13. Juni 2002

*Deshalb wählen
Lehrer an
beruflichen
Schulen Liste 2*

Der VLB und seine Hauptpersonalräte haben für Sie erreicht, dass

- neue Planstellen geschaffen wurden
- die Altersteilzeit auch für Teilzeitbeschäftigte möglich ist
- die Vergabe von Leistungsprämien und -zulagen frühzeitig umgesetzt wurde
- die dienstliche Beurteilung völlig überarbeitet und geändert wird
- Delegation von Verantwortung ernst genommen wird und keine kleintlichen Unterrichtszeiterfassungen angeordnet werden
- außerunterrichtliches Engagement in die Arbeitszeitbewertung einfließen kann
- Systembetreuer als Mitarbeiter der Schulleitung eine Funktion erhalten können
- Einstellungen und Versetzungen im freien Verfahren möglich sind
- die Mittel für die Lehrerfortbildung deutlich erhöht wurden

Dafür machen wir uns für Sie stark:

- Sicherung des Lehremachwuchses – für Studienreferendare müssen finanzielle Anreize geschaffen werden
- Erhöhung der Anrechnungstunden für Systembetreuer zur Bewältigung ihrer Aufgaben
- Schaffung weiterer Planstellen zur Bewältigung des Schülerbergs
- Erhaltung der Altersteilzeitregelungen
- Reduzierung des Stundenmaßes für Fachlehrer, die wissenschaftlichen Unterricht erteilen und in Lernfeldern eingesetzt sind
- Sicherung eines positiven Schulklimas durch leistungsgerechte dienstliche Beurteilungen und damit verbundenem beruflichem Fortkommen
- Berücksichtigung der sozialen Kriterien bei Einstellungen und Versetzungen
- Stärkung der örtlichen Personalräte durch kontinuierliche Schulungen und zuverlässige Beratung

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB)

- vertritt die Lehrerinnen und Lehrer aller beruflichen Schulen
- gilt in Öffentlichkeit, Parlament und Parteien als die Interessenvertretung des beruflichen Schulwesens
- setzt Ihre personalrechtlichen Ziele auch mit Hilfe des Beamtenbundes durch
- sichert durch engagierte schul- und bildungspolitische Arbeit eine wirksame Personalvertretung

Wir kämpfen für bessere Bedingungen an den beruflichen Schulen

Ihre Kandidaten für eine starke Personal- vertretung



Ingrid Heckner



Horst Hackel

Unsere beiden Spitzenkandidaten



4. Lembl, Wolfgang
FL, Metall



14. Hammer, Erich
StD, Ma/Phy, Gym.



22. Erk, Ursula
StDin, Dipl.-Hdl.



6. Lochner, Horst
StD, Landw.



13. Bühler-Saal, Inge
OSIRin, Hsw.-Ern.



19. Wirsching, Peter
StD, Metall



23. Enser, Wilhelm
FL, Ern.



32. Dannerlein, Birgit
StRin, Dipl.-Hdl.



34. Volk, Burkhard
OSiR, Dipl.-Hdl.



5. Fauhaber, Walter
StD, Dipl.-Hdl.



15. Rothermel, Alois
OSiR, Ern.



18. Nägele, Cammin
FLin, Hsw.



25. Hottnier, Thomas
StR, Dipl.-Hdl.



28. Wiederer, Klaus
OSiR, Elektro



35. Biber, Beatrix
SiRin, Bautechnik



8. Tlotz, Klaus
FL, Elektro



10. Bankmann, Ruth
OSiRin, Em.



11. Amoseder,
Inngard, OSiRin,
G/En., SK Gym.



27. Ernst, Alfred
OSiR, Metall



33. Eisenbeiß, Josef
RL, Rel./Sk



36. Bauder, Uwe
SiR, Dipl.-Hdl.



3. Krauß, Martin
OSiR, Metall



16. Lieck, Susanne
SiRin, Dipl.-Hdl.



21. Müller, Karl
FL, Holz



29. Stautner, Gisela
SiRin, Em.



7. Kern, Erwin
SiD, Rel./D



12. Stelzl, Wilhelm
OSiR, Dipl.-Hdl.



17. Puryear, Rudolf
OSiR, Dipl.-Hdl.



20. Krauß, Elke
SiRin z.A.,
Dipl.-Hdl.



26. Küffner, Reinhard
FL, Em.



31. Boxleitner,
Heinrich
OSiR, DiG/Sk Gym.



1. Heckner, Ingrid
FOLin, Hsw.



2. Hackel, Horst
LK i.A., Dipl.-Hdl.



9. Dr. Bärwinkel,
Elfriede
SiDin, Dipl.-Hdl.



24. Keil, Rudi
OSiR, Metall



30. Wawra, Peter
SiD, Metall

Unterfranken

Oberfranken

Mittelfranken

Oberpfalz

Niederbayern

Schwaben

Oberbayern

Gruppe der Lehrer an Förderschulen

Unsere Sonderberufsschulen sind personalvertretungsrechtlich der Gruppe der Lehrer an Förderschulen zugeordnet. Zur Hauptpersonalratswahl 2002 kandidieren dieses Jahr zum ersten Mal VLB-Mitglieder auf der Liste der KEG – Katholische Erziehergemeinschaft. Die KEG ist wie auch der VLB in der abl

– Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände – organisiert.

Ihre Ziele:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Förderberufsschulen
- Schaffung von Personalvertretungen an den einzelnen Schulen
- Bedeutung der Förderberufsschulen besser herausstellen

Unsere Kandidaten:



Maria Rampp, OStRin,
Hauswirtschaft
Listenplatz: 5



Karl-Heinz Seitzinger,
OStR, Bautechnik
Listenplatz: 9



Monika Bendler, Flin H/H
Listenplatz: 16



Jürgen Nehmeier, OStR,
Dipl.-Hdl.
Listenplatz: 20

Internationaler Schüleraustausch zwischen beruflichen Schulen in Kronach und Kiskunhalas/Ungarn:

Schulpartnerschaft stiftet Städtepartnerschaft

KARLHEINZ KESTEL, ALBIN REIF,
HERBERT WALDHÄUSER

Was bewegt einen Lehrer, einen Schüleraustausch an einer Berufsschule zu organisieren und zu koordinieren und dies mit einer Partnerstadt, die 1000 km entfernt ist, die auch begeisterten Plattensee-Urlaubern absolut kein Begriff ist, der aber gerade dadurch etwas Exotisches, Reizvolles anhaftet?

Sicher gibt es irgendwann ein auslösendes Moment, sich mit diesem Gedanken zu befassen, vielleicht sind es die angenehmen Erinnerungen, die man mit einem Urlaubsort verknüpft, ein ausgelassener Abend bei einem Gläschen Wein oder der Reiz, etwas für das Berufsschulwesen Außergewöhnliches zu initiieren, oder ist es gar der Leitgedanke im Artikel 131 der Verfassung des Freistaates Bayern "Die Schüler sind im Geiste ... und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen"? Wer weiß es schon.

Wären da nur nicht gleich wieder die Bedenken, die einem durch den Kopf gehen: Sicherlich wird es große Verständigungsschwierigkeiten geben ... Sind die kulturellen Unterschiede nicht zu groß? ... Liegen die persönlichen Erwartungen und Interessen nicht zu weit auseinander? ... Sollte man es nicht lieber doch bleiben lassen?

Es begann in Ungarn

Damals - wir schreiben das Jahr 1989 - ist Ungarn ein kommunistisches Land des ehemaligen Ostblocks. Neben dem obligatorischen Reisepass schaffen erst Einreisevisum und polizeiliche Aufenthaltsgenehmigung die strengen juristischen Voraussetzungen für einen längeren Aufenthalt in diesem gastfreundlichen Land. Niemand kann die Epoche weltpolitischer Strukturveränderungen vorhersehen. Die historischen Ereignisse überschlagen sich:

Ungarische Grenzsoldaten reißen am 2. Mai die ersten Stücke des „Ei-

sernen Vorhangs“ an der Grenze zu Österreich nieder.

Am 10. September setzt die ungarische Regierung in Budapest das Abkommen mit der DDR außer Kraft und bereitet für mehr als 6000 DDR-Flüchtlinge in Eigenverantwortung den Weg in die Freiheit ...

Nach dem Motto „Wir sind ein Volk“ ist die friedliche „Novemberrevolution“ für Deutschland eingeleitet. Von nun an soll „zusammenwachsen können, was zusammengehört!“

Inmitten dieser politischen „Sturm- und Drangperiode“ wird im August 1989 die Idee geboren, mitzuhelfen bei Schülerbegegnungen zwischen beiden Ländern. Karlheinz Kestel und Janos Schwob, Internatsdirektor von Kiskunhalas, entwickeln eine erste Grobkonzeption. Der Grundstein für den internationalen Schüleraustausch zwischen beiden Schulen sowie die spätere Partnerschaft zwischen beiden Städten ist gelegt.

Während des Besuchs einer Kronacher Delegation im Frühjahr 1990 in Ungarn werden die organisatorischen Vorbereitungen für den ersten Schüleraustausch besprochen. Schüler- und Lehrerbegegnungen finden nun regelmäßig zwischen Kronach und Kiskunhalas statt. Weitere kulturelle und gesellschaftliche Gruppen schließen sich dieser Entwicklung an. Viele werden zu „Brückenbauern“; sie alle leisten - über Grenzen hinweg - damit einen wertvollen Beitrag für das echte Zusammenwachsen der Menschen in Europa.

Regelmäßiger Austausch seit 1990

Seit 1990 führt nun die Lorenzkaim-Schule Kronach ihren Schüleraustausch mit ihren Partnerschulen in Kiskunhalas, der Berufsschule/Fachschule für Handel und Gastronomie, und seit 1994 zusätzlich mit der Berufsschule für Industrie durch. Auf der Basis der Gegenseitigkeit findet diese deutsch-ungarische Begegnung im jährlichen Wechsel mit Hin- und Gegenbesuch statt. Jedes Jahr sind es im Durchschnitt 40 Jugendliche, die zusammen mit ihren Betreuern von der Erlebnisvielfalt der Veranstaltungen begeistert sind.

Einen Einblick zu vermitteln in Geschichte und Tradition und somit Verständnis zu gewinnen für die kulturellen Eigenarten des Gastgeberlandes, steht dabei ebenso im Vordergrund, wie mit wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen konfrontiert zu werden. Und dies gelingt um so mehr, als die Schüler überwiegend in Gastfamilien untergebracht sind und deren Lebensgewohnheiten erfahren dürfen. „Es ist wie bei einem Überraschungsei“, so beschrieb ein ehemaliger Austauschschüler die prickelnde Spannung, bevor man erstmals seinem Partner und seiner „neuen Familie“ gegenübersteht.

Diese persönlichen Begegnungen in Form gemeinsamer Erfahrungen fördern Toleranz, Aufgeschlossenheit und Verständnis füreinander und lassen echte Freundschaften unter Jugendlichen und Erwachsenen über territoriale

Grenzen hinweg entstehen, die sich, wie immer wieder von „Ehemaligen“ zu hören ist, über Jahre halten.

Erfreulich, dass sich diese internationalen Beziehungen in der Folge über die Berufsschulen beider Städte hinaus entwickelt haben! Politische und gesellschaftliche Gruppen, wie der Hotel- und Gaststättenverband, Musik- und Tanzgruppen, schließen sich dieser Bewegung an und sind immer wieder aufs Neue von der ungarischen Gastfreundschaft überwältigt. Die Klöppelschule in Nordhalben und das Spitzenmuseum in Kiskunhalas haben Gemeinsamkeiten entdeckt.

Niemand konnte ahnen, dass bereits nach sechs Jahren intensiver Begegnungen zwischen Kronachern und Halasern als Krönung 1995 die Städtepartnerschaftsurkunde zwischen beiden Städten feierlich und offiziell von beiden Bürgermeistern unterzeichnet wird – eine Partnerschaft – und das ist nicht alltäglich, die aufgrund der Partnerschaft zweier Berufsschulen entstanden ist!

Weitere Initiativen, wie die Gründung des Vereins „Freunde des Schüleraustausches e. V.“ und der Erwerb eines historischen Gebäudes im Kellendorf Hajos als internationale Begegnungsstätte unterstützen unsere Bemühungen nachhaltig, Freundschaften aufzubauen, zu intensivieren und zu erhalten.

Ziele – Programmschwerpunkte - Finanzierung

Wie lassen sich nun Leitziele wie die folgenden in die Praxis umsetzen:

- Erziehung im Sinne der Völkerverständnis;
- Bewusstsein schaffen für Probleme anderer Länder und Völker;
- Abbau von Vorurteilen;
- Gegenseitiges Verstehen und Verständnis;
- Entwicklung von Freundschaften?

Welche Themenschwerpunkte sind im Rahmen des Schüleraustausches zu setzen und über welche Aktivitäten können die Leitziele erfüllt werden?

Folgende Programmpunkte sind Bestandteil einer jeden Schüleraustauschmaßnahme:

1. Geschichte - Kultur - Land, Staat - Gesellschaft - Familie
Aktivitäten:
 - Offizielle Empfänge (Rathaus, Parlament)
 - Stadtführungen, Besichtigungen politischer und historisch-kultureller Einrichtungen
 - Exkursionen und Wanderungen
 - Aktive Mitwirkung bei kulturellen Veranstaltungen
2. Berufliche Bildung
Aktivitäten:
 - Hospitationen an der Berufsschule in den einschlägigen Fächern mit fachpraktischen Übungen;
 - Betriebsführungen mit Vorträgen und Diskussionen;
 - Partnerschaftlicher Besuch der Ausbildungsstätten.
3. Spracherwerb - Verständigung
Aktivitäten:
 - Rollenspiele und kleine Theaterstücke;
 - Konversation in den Gastfamilien.
4. Beziehungen - Freundschaften
Aktivitäten:
 - Leben in den Gastfamilien mit individueller Freizeitgestaltung;
 - Gemeinsame Gestaltung von Veranstaltungen;
 - Pflege des Briefkontaktes und privater Begegnungen.

Als durchgängiges Prinzip steht bei allen Aktivitäten das eigenverantwortliche Handeln der Schüler im Vordergrund. Dabei beschränkt sich die Rolle des Lehrers auf die des Moderators, Betreuers und Impulsgebers.


Die Finanzierung unseres Schüleraustausches erfolgt je zu 50 % aus Eigenmitteln und Zuschüssen, die vom Pädagogischen Austauschdienst Bonn, dem Bayerischen Jugendring in München, dem Kreisjugendring Kronach sowie von der Stadt Kronach gewährt werden. Der einzelne Teilnehmer hat einen

Kostenbeitrag von ca. 300,00 € für beide Jahre (Besuch in Ungarn und Gegenbesuch in Deutschland) zu tragen.

Fazit

Der Erfolg unserer Schulpartnerschaft lässt sich schwer messen oder in Zahlen ausdrücken wie "Wie viele Freundschaften sind entstanden? Bestehen die Kontakte noch? Wie intensiv sind diese Kontakte?" Er lässt sich nicht beschreiben, man muss ihn erleben, aus den Situationen während des Aufenthalts heraus, z.B. wenn die Schüler versuchen, sich gegenseitig zu verständi-

gen, mit Mimik und Gestik, mit Papierzeichnungen oder immer wieder in überaus beeindruckender Weise beim Abschiedsszenario. Diese Momente sind es, die den Lehrer die überaus aufwendige Vorbereitung und zeitweiligen Strapazen vergessen lassen. Auf ein nächstes Mal!

Nähere Informationen zum Schüleraustausch der Lorenz-Kaim-Schule Kronach erhalten Sie bei Herbert Waldhäuser, Siechenanger Straße 13, 96317 Kronach, Tel.: 09261/52021 oder 09562/40113 (privat). 

bayerischen FH mit einer Regelstudienzeit von ca. 8 Semestern und der Aufbau mit 6 Semestern Theorie und 2 Praxissemestern (im 3. und 6. Semester) wurde kurz angesprochen. Ein Start ist nur im Wintersemester zum 1. Oktober möglich. Daneben erläuterte Dr. Weber die Struktur der einzelnen Abteilungen in Weiden (mit Schwerpunkt Wirtschaft) und Amberg (mit Schwerpunkt Technik). Besonders betonte er das Meister-Vorstudium (Propädeutikum) mit Hilfe dessen junge und motivierte Meister aus dem Handwerk zur fachgebundenen Fachhochschulreife geführt werden, die ihnen anschließend ein Studium z. B. an der FH Weiden-Amberg ermöglicht.

Herausgehoben wurde auch die deutliche Praxisorientierung und dass der Markt für die FH-Absolventen derzeit „leer“ sei, d. h. diese können zwischen 10 bis 15 Stellenangeboten auswählen. Der Nachwuchsmangel hinsichtlich qualifizierter Fachkräfte in der Wirtschaft sei offensichtlich. Ebenso haben die durchschnittlichen Bruttoeinkommen einiger, nachgefragter FH-Studiengänge bereits Universitäts-Studiengänge überholt.

In Weiden können die Diplomstudiengänge Betriebswirt (FH) und Wirtschaftsingenieur (FH) sowie in Amberg Dipl.-Ingenieur (FH) Elektrotechnik und Maschinenbau absolviert werden. Daneben werden die Studiengänge für Umwelttechnik und für Software-Systemtechnik, in Bayern einzigartig und die Ausbildung für Patentingenieurwesen deutschlandweit einmalig angeboten. Letztendlich steht man - ähnlich wie die Berufsschulen - im Wettbewerb mit anderen Standorten und muss sich durch Profilbildung abgrenzen, aber auch hervorheben.

Anschließend zeigte man den Lehrern die Auslandsbeziehungen mittels den bestehenden Partnerhochschulen in Europa auf und verdeutlichte die bedeutende regionale Wirkung der Fachhochschule. Diese ermöglicht einen Bildungseffekt (zusätzliche Kaufkraft für die Region durch Studierende

Bezirks- und Kreisverbände

KV Oberpfalz-Nord:

Kreisverband knüpft Kontakte zur FH Weiden

Der Kreisverband Oberpfalz-Nord besuchte die FH Amberg-Weiden, um einen Überblick über die verschiedenen Studienangebote sowie einen Einblick in bestehende Studiengänge und Projektinitiativen zu bekommen. Nachdem an beruflichen Schulen sicherlich viele zukünftige Studierende „ausgebildet“ werden, bestand hier ein sehr enger fachlicher Zusammenhang, die FH in Weiden genauer unter die Lupe zu nehmen. Der Besuch stand unter dem Motto: „Die Fachhochschule Am-

berg-Weiden als Partner der Wirtschaft – aber auch der beruflichen Schulen!“

Kreisvorsitzender Michael Bäumler konnte zu dieser Veranstaltung rund 50 Mitglieder begrüßen, unter Ihnen Vertreter aus allen beruflichen Schulen der nördlichen Oberpfalz. Ein besonderer Gruß galt dem Bezirksvorsitzenden Michael Birner und den Pensionisten.

Nach einer einführenden Begrüßung durch die Prof. Dr. Magerl und Dr. Weber erhielt die Besuchergruppe einen Überblick zum Fachhochschulstandort, so z.B., dass derzeit etwa 1.400 Studierende an der FH studieren. Auch die Organisation eines Studiums an einer



VLB-Kreisvorsitzender Michael Bäumler (links) begrüßte zahlreiche Mitgliedern des Kreisverbandes Oberpfalz-Nord zur Informationsveranstaltung an der Fachhochschule Weiden.

sowie 103 Arbeitsplätze durch FH selbst), einen Regionaleffekt (durch Erstinvestitionen und jährlichen Haushalt von rund 2 Mio. EUR) und einen Struktureffekt (durch Forschungsprojekte).

Bei einem Rundgang durch den Campus konnte ein Einblick in Laboratorien und die innovativen Projekte gewonnen und so auch Möglichkeiten zur zukünftigen Kooperation mit den Berufsschulen diskutiert werden. Viele der Lehrkräfte nutzten den persönlichen Diskurs um eigene, bereits begonnene Projekte in Zusammenarbeit mit Dozenten der Fachhochschule zu verbessern. Dr. Magerl stellte dabei einige Gemeinschaftsinitiativen mit der Wirtschaft heraus, die nicht nur durch die finanzielle Unterstützung zukunftsversprechend sind, so z.B. das „Rapid Prototyping“.

Kreisvorsitzender Bäumler dankte für die rege Teilnahme, Aufgeschlossenheit und die vielen Informationen und wünschte im Rahmen eines kleinen Imbisses und guten und interessanten lockeren Gesprächen im Foyer vor der Bibliothek einen guten Nachhauseweg.

Michael Bäumler

KV Donau-Wald

Burnout und Depression bei Lehrkräften

„Offenbar wurde die berufliche Belastung der Lehrer lange unterschätzt. Die zunehmende Zahl an Frühpensionierungen mit Burnout-Symptomen deuten klar darauf hin“, diese Feststellung traf Wilhelm Stelzl anlässlich der Kreisversammlung des KV Donau-Wald Mitte März. Eine Vielzahl von Mitgliedern aus den Schulorten Straubing, Bogen, Mitterfels, Deggendorf und Regen bekundeten ihr Interesse an der Fortbildungsveranstaltung mit dem Schwerpunktthema „Burnout und Depression bei Pädagogen“.

Dass dieses gerade in diesem Berufsstand keine Rarität sei, sondern ganz im Gegenteil zunehme, zeigte die Referentin Diplompsychologin Margarete Sztílok aus München. Der

Bedeutung der Tagung entsprechend nahmen auch die Schulleiter der beiden Straubinger Berufsschulen, Franz Häring und Udo Hartthaler sowie der Leiter der Berufsschule Regen/ Viechtach, Bartholomäus Sagstetter, teil. Außerdem war Regierungsschuldirektorin Hermine Eckl (Landshut) vertreten. Zu den Problemen des Lehrernachwuchses bezog Bezirksvorsitzender Rudolf Puryear aus Landshut Stellung.

Psychosomatische Erkrankungen hätten bei Lehrkräften dramatisch zugenommen, wie einschlägige wissenschaftliche Untersuchungen belegten, führte Stelzl in die Thematik ein. Auslöser für „Burnout“ seien vielfältig. Betroffen wären meistens Menschen aus helfenden und sozialen Berufen. Diese Entwicklung gerade im Schulbereich sei weder für den Staat noch für die Betroffenen akzeptabel. Vorrangiges Ziel müsse sein, den Lehrberuf nicht zu einem Verschleißberuf zu degradieren, sondern mit schulpolitischen Maßnahmen entgegenzusteuern, so der VLB-Kreisvorsitzende.

Die Referentin des Abends, Diplom-Psychologin Margarete Sztílok, konnte aus Erfahrungen aus ihrer praktischen Arbeit mit „ausgebrannten“ Menschen zurückgreifen. Seit 1974 ist der Begriff „Burnout“ etabliert. Es handle sich um einen Zustand, in dem Betroffene unter körperlicher und seelischer Erschöpfung leiden. Ein Zustand der sich schleichend einstelle, meistens

als Folge einer ständigen Überforderung. Viele Symptome würden unter „Burnout“ zusammengefasst: Schlafstörungen, Herzprobleme und Depressionen.

Es gäbe verschiedene, auslösende Risikofaktoren: So könne durchaus Freude an der Arbeit bei willensstarken Menschen ausarten. Problematisch wirkten sich Perfektionismus und zu viel Begeisterungsfähigkeit aus. Dabei werde oft das Privatleben der Arbeit untergeordnet, für Erholung wird keine Zeit mehr gefunden.

„Dagegen kann man eine Menge machen“, betonte die Diplompsychologin. Zunächst einmal sollte man sich, wenn sich dieses „Ausgewert sein“ bemerkbar mache, von dem Gedanken befreien, versagt zu haben und für alles und für jeden verantwortlich zu sein. „Nehmen sie Körpersignale, die auf ein Rückfahren ihrer Leistungskurve deuten, ernst“, so der Rat. Neben Stressphasen, die grundsätzlich nicht schädlich seien, dürfen Entspannungsphasen auf keinen Fall zu kurz kommen, um wiederum ein seelisches Gleichgewicht zu erreichen.

Bei der anschließenden allgemeinen Diskussion gab es Kritik von Seiten der Junglehrer an den geplanten Sondermaßnahmen für das neue Schuljahr 2002/ 03. Es sei nicht einzusehen, dass den Bewerbern aus der Wirtschaft, die kein pädagogisches Studium, nur die fachliche Qualifikation aufwiesen, mehr Einstellungsrechte zugebilligt würden.



Die Mitglieder des Kreisvorstandes zusammen mit der Referentin: von links nach rechts: Peter Sagstetter (Schriftführer), Werner Kiese (Schatzmeister), Diplom-Psychologin Margarete Sztílok, Wilhelm Stelzl (Kreisvorsitzender) und Udo Hartthaler (Stellvertreter KV).

Gefordert wurde eine Gleichbehandlung für alle Bewerber. Hier sei der Verband stärker als bisher gefordert.

Die Veranstaltung klang bei einer gemeinsamen bayerischen Brotzeit und noch vielen interessanten Gesprächen erst am späten Abend aus.

Wilhelm Stelzl

BV Unterfranken

Fachtagung Arbeitsbelastung

Zeit: **Samstag, 08.06.2002, 10:00 Uhr**

Ort: **Franz-Oberthür-Schule, Würzburg**

Was brauchen Lehrerinnen und Lehrer angesichts wachsender Beanspruchung?

Arbeitsbelastung, persönliche Belastbarkeit, Sinnhaftigkeit des Tuns, vor allem aber die Arbeitsatmosphäre sind entscheidende Faktoren im Hinblick auf die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen. Der gesundheitliche Zustand der Lehrkräfte aber ist von Einfluss auf die Qualität des Unterrichts, das wissen wir nicht erst seit heute.

Nur zu gern erleben wir sie an unseren Schulen, die Pädagogen, die einfach „gut drauf sind“, die morgens heiter und entspannt vor die Schüler treten und die jungen Leute einfach mitreißen. Aber sie werden weniger. Die Zahl derer, denen das Lachen im Schulalltag abhanden gekommen ist, nimmt zu. Die schulischen Rahmenbedingungen und die wachsende Arbeitsbelastung wirken erdrückend; sie beeinträchtigen die Freude am pädagogischen Gestalten in hohem Maße.

Dystress – Resignation - Depression – Burnout - körperliche Erkrankung, so lautet die von der Arbeitsmedizin bestätigte Kausalkette. Wie aber dem entgegenwirken? Wie den Teufelskreis durchbrechen? Wie die Flamme der Begeisterung neu entzünden? Fragen über Fragen, die sich nicht nur den unmittelbar Betroffenen stellen, sondern allen am Lernprozess Beteiligten.

Dem Verband der Lehrer an beruflichen Schulen sowie den Personalvertretungen an den Schulen brennt diese Problemlage unter den Nägeln, hängt sie doch unmittelbar mit der Erfüllung unseres Bildungsauftrags zusammen.

Im Rahmen der Fachtagung „Lehrergesundheit“ möchten wir das Problem aus unserer Sicht beleuchten, möchten Transparenz in die Vielschichtigkeit des Anliegens

bringen und Lösungsstrategien erarbeiten. Wir würden uns sehr freuen, Sie am Samstag, 08.06.2002 in Würzburg begrüßen zu können.

Tun Sie etwas für Ihre Gesundheit - informieren Sie sich auf unserer Fachtagung! Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Wolfgang Lambl
VLB-Bezirksvorsitzender
Bezirkspersonalrat

Programm

10:00 Uhr

Begrüßung

Wolfgang Lambl, Bezirksvorsitzender Unterfranken

Grußwort

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender

10:20 Uhr

Beanspruchung im Lehrerberuf

Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt, Universität Potsdam

11:00 Uhr

Persönliche und institutionelle Risikofaktoren für Depression und Burnout bei Lehrkräften

Prof. Dr. med. Joachim Bauer, Klinikum der Universität Freiburg

11:40 Uhr

Was brauchen Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen?

Ingrid Heckner, Horst Hackel, Hauptpersonalräte
Ministerialrätin Regina Pötke, Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus

12:30 Uhr

Möglichkeit zum Mittagessen in der Mensa

Programm für Begleitpersonen/ Kinder:

Ab 10:15 Uhr: Stadtrundgang mit Kollegen Gottfried Berger; Treffpunkt: Dom
Kinderbetreuung durch Schüler der BFS für Kinderpflege

Anmeldung: bis 5. Juni 2002 bei Wolfgang Lambl, Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar oder wlambl@vr-web.de mit Angabe des gewünschten Workshops, Begleitpersonen und/oder Kinderbetreuung (Alter der Kinder)

13:30 Uhr

Thematische Workshops

W-1: Stressbewältigung für Lehrkräfte

Gereon Rempe,
Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt

W-2: Gesundheit und Arbeitsschutz in der Schule

Wolfgang Lambl,
Prof. Dr. med. Joachim Bauer

W-3: Hilfe im Schulalltag durch Supervision

Karl-Heinz Dotzler,
Bruno-Ludwig Hemmert

W-4: Personalräte - Ihre Anwälte und Helfer

Ursula Erk, Ingrid Heckner,
Horst Hackel

W-5: Junge Lehrer brauchen wir - Belastungen im Referendariat

Martin Reith, Christian Schober

W-6 Altersteilzeit und Ruhestand

Berthold Schuster,
Manfred Greubel

15:00 Uhr

Der schwierige Weg zwischen Erfüllung und Überlastung. Was brauchen wir?

Zusammenführung der Workshop-Ergebnisse
Ingrid Heckner, Horst Hackel
(Moderation)

16:00 Uhr Schlusswort

Wolfgang Lambl

BV Oberpfalz

Fachlehrer treffen sich in der Oberpfalz

Zu einem Gedankenaustausch mit der neuen Fachlehrervertreterin im Hauptvorstand, Dorothea Helbig, und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans Käfler lädt der Bezirksverband ein.

Thema: **Künftige Ausbildung der Fachlehrer**

Termin: **Donnerstag, den 13.06.02**

Beginn: **17:00 Uhr**

Ort: **Staatl. BS Amberg, Raigeringer Straße 27, 92224 Amberg**

Michael Birner

Referate und Fachgruppen

FG Sozialpädagogik (FH)

Neue Fördermodell für Kindertagesstätten

Am 23. Februar trafen sich ca. 25 Mitglieder der Fachgruppe Sozialpädagogik (FH) zur Fachgruppensitzung in München in der Städt. BFS für Kinderpflege in der Tumbingerstraße.

Nach der Begrüßung durch Gerlinde Winter informierte Sabine Roemer, Dipl. Sozialpädagogin FH und Fachberaterin am Landratsamt Freising zum Thema: Neues Fördermodell für Kindertagesstätten in Bayern.

Laut Beschluss vom 6. 11. 01 gemäß des neuen Kinderbetreuungsgesetzes soll das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen schrittweise ausgebaut werden und zwar jährlich erweitert um 1000 Krippen, 1850 Hortplätze und 3150 Plätze zur Nachmittagsbetreuung von 6 bis 16-Jährigen. Dabei werden umfassende Förderangebote voll bezuschusst. Hintergrund für die Gesetzesänderung ist das Bestreben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien durch unterschiedliche Betreuungsangebote zu schaffen.

Das Fördermodell ist in Landsberg und Bayreuth in Erprobung bis zum 31. 12. 2003, ab dem 01. 01. 2005 soll das neue Finanzierungsmodell Bayern weit gültig sein.

Gründe für die nunmehr kindbezogene Förderung sind:

- die demographische Entwicklung (Geburtenrückgang),
- die steigende Versorgungsquote und
- die Fördergerechtigkeit.

Neun Prinzipien sollen zukünftig gelten:

1. Förderung pro Kind, nicht mehr pro Gruppe;
2. Förderung pro Kind und Nutzungseinheit;
3. Eltern buchen einen Zeitraum;
4. Unterschiedlicher Betreuungsaufwand pro Kind (= Gewichtungsfaktor);
5. Förderung als Leistungspauschale;
6. dadurch wesentlich mehr Gestaltungsfreiheit;
7. flexibleres Eingehen auf individuelle Bedürfnisse der Eltern;
8. Verpflichtung zur Sicherung der Qualität mit einer jährlichen Elternbefragung und der Pflicht zur

Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit (Internet);

9. Bildung von Qualitätskommissionen (auf Landesebene) und Arbeitsgemeinschaften zur Qualitätssicherung (auf Kreisebene).

Ziele, die mit dem neuen Fördermodell erreicht werden sollen:

1. Qualitätssicherung durch Marktorientierung und Wettbewerb;
2. Abbau der staatlichen Kontrolle;
3. Abbau der Förderungsgerechtigkeiten;
4. Übertragbarkeit auf andere Formen der Kinderbetreuung.

Was vom alten Kindergartengesetz übrig bleibt:

- Bildungsziele;
- bauliche Vorgaben;
- Anforderungen an die Qualifizierung des Personals.

Bisherige Erfahrungen mit den Modelleinrichtungen: 25 % arbeiten mit Defiziten, bei 50 % hat sich nichts verändert, 25 % sind besser gestellt.

Sabine Roemer appellierte an alle Fachleute, sich mit den Inhalten der geplanten Veränderungen kritisch auseinander zu setzen und sich darüber im Klaren zu sein, dass es nicht sicher ist, ob die momentan laufenden Modelle auch wirklich umgesetzt werden.

Leider war die Zeit zu kurz, um auf einen weiteren aktuellen Aspekt der gesamten Thematik einzugehen, nämlich den der Qualitätssicherung im Bereich der Kindertagesstätten. Da alle Anwesenden sehr interessiert an diesem Thema sind, möchte die Fachgruppe zu ihrer nächsten Sitzung am 6. Juli 2002 die Referentin erneut einladen.

Engagiert diskutieren: von links Anita Finkenzeller, Sabine Roemer, Gerlinde Winter und Gabriele Kühn-Schmelz



Nach dem Referat bot die Schulleiterin der Gastgeberschule eine Hausführung an und gewährte einen Einblick in die Konzeption der größten Berufsfachschule Bayerns mit ca. 500 Schülerinnen und Schülern und mit 21 Klassen. Die Interessentinnen waren beeindruckt von dem konsequenten Konzept dieser sicherlich nicht leicht zu führenden Schule.

Nach der Pause, in der alle Teilnehmerinnen vorzüglich von der Gastgeberschule bewirtet wurden, standen die, nun schon zur Tradition gewordenen Berichte aus den einzelnen Regierungsbezirken auf der Tagesordnung. Vertreten waren Oberfranken, Oberbayern, Niederbayern, Unterfranken, Oberpfalz und Schwaben. Keine nennenswerten Neuerungen wurden vermeldet. Allgemeiner Tenor: Schulentwicklungsinitiativen in einzelnen Schulen schaffen teilweise viel äußere Unruhe und Aktivismus in den Kollegien, während inhaltliche Verbesserungen nicht deutlich zunehmen. Eine Erzieherin und Praxisleiterin einer Schülerin wurde zitiert, die plötzlich merkte, dass sie vor lauter Verwaltungs-, Präsentations-, Öffentlichkeitsarbeit ihre Kinder nur noch als störend empfand. Viele Teilnehmerinnen bestätigten den Eindruck, dass sich die Situation in der Schule vieler Orts dahingehend zu entwickeln scheint, dass Schüler zum Störfaktor und nicht zum Ziel der Schulentwicklung zu werden drohen. Die Konsequenz der zitierten Erzieherin: sie hat sich für eine Umschulung entschieden, denn sie möchte sich nicht die Freude am Umgang mit Kindern nehmen lassen.

Beim Berufsbildungskongress am 22./23.11. in Passau, möchte sich unsere Gruppe möglicherweise wieder beteiligen. Mehrere Themen wurden vorgeschlagen, Referenten müssen noch ausfindig gemacht werden.

Ein Tag, der wieder einmal viel zu kurz war für den regen fachlichen und kollegialen Austausch ging zu Ende und mit Sicherheit wird es beim nächsten Treffen wieder so sein. *Gabriele Kuhn-Schmelz*

FG Sozialpädagogik

Kompetenzen vernetzen – Ideen weitergeben

Nicht erst seit PISA stehen in einem guten Unterricht neben der Vermittlung von Inhalten vor allem auch die Förderung selbständigen Lernens, die Anbahnung vernetzten Denkens, die Ausbildung von Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Medienkompetenz im Zentrum. Methodenkenntnis, Methodenverständnis und effektive Methodenwahl bestimmen bei diesem Aufgabenspektrum zu einem nicht unerheblichen Teil die Qualität des Unterrichts. Für die Lehrkräfte, die ihren Unterricht möglichst wirksam gestalten wollen, heißt das, dass sie sich nicht nur fachlich, sondern auch methodisch-didaktisch kontinuierlich untereinander austauschen und weiterbilden müssen, um Unterrichtskonzepte zu entwickeln, mit denen sie den aktuellen Anforderungen gerecht werden können. Der Lehrstuhl für Sozialpädagogik an der Universität Bamberg sieht seine Aufgabe daher nicht nur in der fachwissenschaftlichen Ausbildung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer des beruflichen Lehramtes, sondern vor allem auch in deren methodisch-didaktischer Aus- und Weiterbildung. Mit dem Ziel vielfältige Erfahrungen und Kompetenzen der Kolleginnen und Kollegen zu vernetzen und Anregungen für einen schüleraktiven

Unterricht zu geben, wurde daher für den 1. und 2. März 2002 zur Fachtagung „Pädagogik und Psychologie innovativ unterrichten“ an die Universität Bamberg eingeladen. Die Nachfrage überraschte die Veranstalter, namentlich Prof. Dr. Claus Mühlfeld, Dr. Franz Merdian und Heidi-Maria Hübner. Nach kurzer Zeit waren alle Workshops ausgebucht. Rund 120 Lehrkräfte des höheren Lehramtes an beruflichen Schulen der Fachrichtung Sozialpädagogik nahmen an der zweitägigen Lehrerfortbildung teil - einige von ihnen sogar in zwei Rollen, nämlich in der Rolle des Teilnehmers/der Teilnehmerin und in der Rolle des/der Referenten/-in. Ziel der Tagung war es, praxiserprobte Unterrichtskonzepte, innovative Ansätze und methodisch-didaktische Materialien für den Pädagogik- und Psychologieunterricht an beruflichen Schulen vorzustellen. Die handlungsleitende Maxime bestand darin, nicht nur über die Dinge zu reden, sondern diese weitgehend auch von den Teilnehmern erproben zu lassen. Was liegt bei dieser Zielsetzung also näher, als neben den am Lehrstuhl für Sozialpädagogik tätigen Fachdidaktikern und Studenten/innen, auch Kollegen/-innen aus unterschiedlichen Schularten für die Gestaltung der beiden Tage einzubinden. Den Teilnehmern konnten somit 20 verschiedene Workshops angeboten werden, deren Themenspektrum von der Lernzirkelarbeit, über Moderationstechniken bis hin zur Projektarbeit



Konzentriert bei der Sache im Workshop: Powertraining zur Stressbewältigung

reichte. Zudem haben die Mitarbeiter am Lehrstuhl einen Materialpool zu verschiedenen Unterrichtsbereichen und eine Bücherschau zu praxisrelevanten Themen für die Tagungsteilnehmer zusammengestellt. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch ein amüsantes Rahmenprogramm mit Improvisationstheater und humorvollen Sequenzen zu verschiedenen „methodischen Versuchungen“ in Zeiten der Schulentwicklung.

Am Ende stand bei allen Beteiligten ein hohes Maß an Zufriedenheit mit diesem ersten Versuch des Lehrstuhles für Sozialpädagogik eine Fachtagung von Praktikern für Praktiker zu veranstalten. Eine Fortsetzung dieser Form der Zusammenarbeit von Schule und Universität ist auf jeden Fall erwünscht.

An dieser Stelle auch nochmal ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung des Vorhabens durch den VLB, Fachgruppe Sozialpädagogik - besonders an Wilhelm Ott, der sich für eine hilfreiche finanzielle Unterstützung der Tagung durch den Verband eingesetzt hat.

Infos zur Arbeit und zum Materialangebot des Lehrstuhls für Sozialpädagogik an der Universität Bamberg finden sie im Internet unter der Adresse: www.uni-bamberg.de/ppp/sozialpaedagogik/

Heidi-Maria Hübner

Fachtagung der FG Förderberufsschule

Termin: **Samstag, 15. Juni 2002
10:00-16:00 Uhr**

Ort: **Adolf-Kolping-Berufsschule
Huflandstrasse 28,
80939 München**

Thema: **Lehrer-Schüler-Konflikte gemeinsam bearbeiten
Konfliktfähigkeit lernen mit Prof. Dr. Kurt Singer**

Weitere Workshops:
Win-Win „Streiten macht Spass“
Das Nürnberger Streitschlichter Programm

FG Nahrung

Fortbildung "Cooles backen"

Um "Cooles Backen" ging es diesmal bei der Fortbildung für Lehrer in Kulmbach bei der Firma IREKS GmbH. Wieder ist es der Regierung von Oberfranken, allen voran Waltraud Vogtherr, gelungen, zu einer brandaktuellen Fortbildungsveranstaltung einzuladen - sogar über Bayerns Landesgrenzen hinaus: denn neben Teilnehmern aus Ober-, Mittel-, Unterfranken und der Oberpfalz waren Gäste aus dem benachbarten Thüringen herzlich willkommen.

Einstellungsvoraussetzung um beim traditionsreichen Familienunternehmen Ireks zu arbeiten, ist übrigens grundsätzlich eine Bäcker-gesellenprüfung - schließlich arbeitet man mit großen und kleineren Industrie- und Handwerksbetrieben im In- und Ausland, will die hervorragende Qualität und die jahrzehntelange Erfahrung im Bereich der Bäckereitechnologie glaubwürdig über die Bäckereien an die Verbraucher weitergeben.

Bedauerlicherweise, so der Referent, Detlef Reineke, gehe das fachliche Niveau im Bereich der Bäcker-ausbildung kontinuierlich seit Jahren zurück. Die Firma Ireks versucht dies auszugleichen durch Schulungen in den Bereichen "Fachliches Rechnen", "Kälteführung" und "Hefetechnologie", was ausgesprochen zeitintensiv sei. Grundsätzlich müsse man in die Handwerksberufe wieder mehr fachliches Niveau bringen, denn nur über gute Fachkräfte, die über eine solide, fundierte Bildung verfügten, könne man optimale Verkaufsergebnisse erzielen, so Reineke weiter. Die Bevölkerung in Deutschland verzehre keineswegs weniger Brot, so liege der Pro-Kopf-Verbrauch bei knapp 84 kg jährlich. Zudem gewinne der Außer-Haus-Verzehr zunehmend an Bedeutung, allerdings seien veränderte Essgewohnheiten zu beobachten, hier sei ein Amerikatrend auszumachen. Gefragt nach den Ur-



Heike Geringer vergleicht Backergebnisse gefrosteter Teiglinge.

sachen des Bäckereisterbens antwortete der Referent, dass tüchtige und fähige junge Menschen ihre Möglichkeiten besser nutzen könnten, sich nach der Ausbildung weiterqualifizierten. Zudem hätten etliche Betriebe vor etwa zehn Jahren nicht erkannt, dass sie investieren müssten, ein immenses Problem, denn ein guter Bäcker sei nicht gleich ein guter Unternehmer. Problematisch sei außerdem die sogenannte "Schaufensterkalkulation", die sich nach den Preisen des benachbarten Bäckereibetriebes richte. Zudem sei das Image der Bäcker derzeit nicht gerade gut, bei der €-Umstellung hätten sich die Bäcker den Ruf erworben, die Preise erhöht zu haben. Tatsächlich klagten derzeit jedoch fast alle Bäcker über deutlich zurückgegangene Umsätze.

Fachlich referierte Detlef Reineke, der u. a. auch als Prüfgruppenleiter der DLG für den Brot- und Kleinbackwarenbereich fungiert, über den Einsatz von Weizenvorteigen und -sauerteigen zur Erzielung optimaler Gebäckqualitäten. Gründe für die Renaissance der Sauerteige sieht er eindeutig in der Qua-

litätsverbesserung: eine gute Elastizität der Krume, gute Schneidefähigkeit und verbesserte Frischhaltung der Brote sowie der vollaromatische Geschmack lassen die Bäcker zu althergebrachter Tradition zurückfinden. Weizenvorteige werden vor allem bei Weizenmischbrot, Weizenkleingebäck, Feingebäck und Blechkuchen eingesetzt. Je nachdem, ob der Teig kurz, mittel oder lang geführt wird, sind Krumenstruktur, Elastizität oder Quellung der Teige beeinflussbar.

Mit "Coolem Backen" und der Technologie von halbgebackenen Produkten beschäftigte sich Heike Geringer, Bäckermeisterin und Prüferin im Bereich Brot und Kleingebäck. So könnten Teiglinge als Frischware, über Gärverzögerung, Gärunterbrechung oder als Halbgebackenes vorbereitet werden, um Arbeitsgänge vorwegzunehmen. Die Probleme der Aufarbeitung in

der betrieblichen Praxis ergäben sich vor allem im Laden: Die angelegte Verkäuferin könne oft nur schwer einschätzen, wie die Gare des vorliegenden Teiglings tatsächlich sei. Die Vorteile des Einsatzes vorbereiteter Teiglinge liegen jedoch auf der Hand: Die Herstellung kleinerer Gebäckstücke könnten aus der morgentlichen Hektik einer Backstube auf einen günstigeren Zeitpunkt gelegt werden. Die starren Backflächen eines Betriebes am frühen Morgen könnten optimal genutzt, ein großes Angebot frischer Brote bei guter Gesamtqualität gewährleistet werden.

Was der Verbraucher wohl unter dem Begriff "Lebensmittelqualität" verstehe? Diese Frage stellte Detlef Reineke am Nachmittag in den Raum. "Frische", so 55 % der Befragten, gefolgt von "Gesundheit" mit 12,6 %, Geschmack, Sicherheit, Rückstandsfreiheit und mit 4,6 %

"ökologischer Anbau", so die aktuelle Statistik. Die Folgen für das Bäckereimarketing: Der Zeitpunkt des Backens und der des Verkaufs sollten möglichst eng beieinander liegen. "Halbgebackene" erfreuten sich daher wieder großer Beliebtheit, nicht nur in der Backstube sondern auch im Supermarkt.

Ein Rundgang durch das Firmengelände mit Besichtigung der Werksanlagen begleitet von Betriebsleiter Schröder bildete den Abschluss der in jeder Hinsicht gelungenen Fortbildungsveranstaltung, bei der auch für das leibliche Wohl der teilweise doch weitgereisten Lehrer wieder bestens gesorgt war. Bleibt zu hoffen, dass die Firma Ireks in Zusammenarbeit der Regierung von Oberfranken die Tradition der Lehrerweiterbildung aufrecht erhält - schließlich sind gerade Lehrer Multiplikatoren - über das Klassenzimmer hinaus. *Margit Schwandt*

Profitieren Sie vom Testsieger!

Die Debeka Lebensversicherung wurde im April 2002 von FINANZtest mit dem Qualitätsurteil „sehr gut“ ausgezeichnet. Sie belegt im Vergleich Platz 1.

FINANZtest:

„Im Modellfall würde ein Kunde mit einem guten Tarif bei Vertragsende 45.000 EUR mehr ausgezahlt bekommen als mit einem schlechten.“

Schließen Sie Ihre Versorgungslücke mit dem Testsieger.

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.



Hauptverwaltung: 56058 Koblenz, Telefon (02 61) 4 98 - 13 99, Telefax (02 61) 4 14 02, Internet www.debeka.de
 Landesgeschäftsstellen in Bayern: München, Damenstiftstr. 9, 80308 München, Telefon (089) 2 35 01 - 0; Nürnberg, Marienstraße 27, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 23 20 40

Referendare

Wochenendseminar für Referendare am 22. und 23. Februar 2002:

Der zweite Abschnitt in der Lehrerausbildung

MARTIN REITH

Das diesjährige Wochenendseminar, das wiederum in Würzburg stattfand, stand unter dem Motto: „Der zweite Ausbildungsabschnitt in der Lehrerbildung“. Deshalb waren die Themen besonders auf Referendare, die sich im ersten Jahr der Referendarsausbildung befinden, zugeschnitten.

Wir verwendeten den Freitag zum Erfahrungsaustausch. Dabei wurden Themen wie Lehrproben, Hausarbeit, Unterrichtsauftrag im zweiten Jahr, Klausur und mündliche Prüfung besprochen. Ich möchte hier nochmals herzlich meinen Kollegen Franz Brandstetter und Silvia Keß danken, die wertvolle Tipps und Hinweise zu den Lehrproben gaben.

Ein weiteres Thema des Freitags war der Modellversuch AQUA, bei dem das ISB unter wissenschaftlicher Betreuung des Lehrstuhls für Pädagogik der Technischen Universität München (TUM) versucht, die Ausbildung im Referendariat sowohl für den Referendar als auch für seine späterer Einsatzschule zu optimieren. Da schon genügend Berichte zu AQUA in unserer Verbandszeitschrift veröffentlicht wurden, nenne ich hier nur die Diskussionspunkte bzw. Ergebnisse.

- Besonders kritisch wurde gesehen, dass man sich schon in der Endphase der universitären Ausbildung seinen „Ausbildungsplatz und späteren Arbeitsplatz an einer Schule sucht. Das bedeutet freilich nicht, dass die willkürliche Versendung der Referendare im zweiten Jahr als positiv empfunden wird, jedoch wird es allgemein als negativ angesehen, wenn man evtl. nur eine Schule in seinem Berufsleben kennen lernt.
- Weiterhin besteht die Befürchtung, dass die Ausbildung zu

schulspezifisch – zu stark an die Anforderungen der Ausbildungsschule angepasst – verlaufen wird und ein evtl. Wechsel an eine anderer Schule (falls Widererwarten doch keine Planstelle nach bestandenen zweiten Staatsexamen vorhanden ist) sehr schwer wird.

- Außerdem möchte niemand auf die Ausbildung im ersten Referendarsjahr an den Seminarschulen verzichten – jedenfalls diejenigen die eine gute Ausbildung erhalten haben – und es gibt auch wirklich viele positive Beispiele.
- Eine weitere Sorge war die Qualifikation der Betreuungslehrer, denn es gibt bei AQUA keine Seminarlehrer mehr.

Es gibt aber durchaus positive Aspekte: Dazu gehört die Modulausbildung mit der Einteilung von Pflicht- und Wahlmodulen. Besonders positiv ist die damit verbundene Möglichkeit, schon im Referendariat

an fachlichen Fort- und Weiterbildungen teilzunehmen, bewertet worden. Eine große Hoffnung, die an AQUA geknüpft ist, ist die einer standardisierten Ausbildung, da die Qualität der Ausbildung von den Seminarschulen abhängt, an die man zugewiesen wird.

Der Freitag klang mit einem Essen und einem gemütlichen Beisammensein bei Bier und Wein aus, wobei Erfahrungen ausgetauscht, neue Kontakte geknüpft und viele interessante Themen im kleinen Kreis besprochen wurden.

Am Samstag stellten sich Ministerialrat Adolf Tengg, VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, Seminarvorstand Heiko Pohlmann (Südbayern) und Seminarlehrer Jürgen Götz (Deutsch, BBZ I Würzburg) in einer Podiumsdiskussion den Fragen der Referendare.

Zu den Themen gehörte natürlich AQUA und hier insbesondere dessen Einfluss auf die Zuteilung zu den Einsatzschulen. Einige Referendare sehen ihre Chancen, an eine bestimmte Einsatzschule zu gelangen, verschlechtert, da die Bewerbung der AQUA – Kandidaten vor der Verteilung der Referendare an die Einsatzschulen stattfindet.

MR Tengg wies in diesem Zusam-



Fototermin vor der Steinbüste Franz Oberthürs, des Namenspatrons des Würzburger Berufsbildungszentrums, an dem die Referendare tagten.

menhang darauf hin, dass AQUA ein Modellversuch ist, der jetzt einmal für die Dauer von zwei Jahren durchgeführt wird und erst die Auswertung durch ISB und TU München eine Entscheidung bringen wird ob das Referendariat verändert, durch AQUA ersetzt oder nur Aspekte von AQUA in das Referendariat integriert werden.

Veränderungen wie sie von uns Referendaren bzw. auch dem VLB vorgeschlagen wurden, das erste Ausbildungsjahr des Referendariats zu belassen und erst das zweite Jahr modular zu gestalten, können in diesen Modellversuch nicht mehr integriert werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren die Sondermaßnahmen für Quereinsteiger. Hier sehen wir Referendare unserer Chancen, an eine Wunschschule nicht nur als Einsatzschule sondern auch mit einer Planstelle nach bestandem zweiten

Staatsexamen zu gelangen, geschmälert. MR Tengg und Landesvorsitzender Sauerwein wiesen darauf hin, dass jeder Lehrer, in dessen Fachgebiet Sondermaßnahmen angeboten wurden und noch werden, eine Stelle erhalten wird, da mit Quereinsteigern und Sondermaßnahmen der Bedarf an Lehrern nicht gedeckt werden kann. Es bleibt trotzdem für manchen ein etwas bitterer Geschmack, da die Aussicht auf einen Einsatz oder eine Planstelle an einer Wunschschule nicht realisierbar scheint.

Eine erfreulichere Perspektive gibt es bei dem Dauerbrenner „Bezahlung der Referendare“. Durch einen Bundesratsbeschluss ist es jetzt den Ländern möglich, bei Mangelberufen Sonderzuschläge bis zu 100 Prozent des Grundgehältes zu gewähren. MR Tengg geht deshalb davon aus, dass ab dem nächsten Schuljahr Sonderzuschläge gewährt werden. Über

die Höhe konnte er jedoch aufgrund der angespannten Finanzsituation im Freistaat Bayern keine Angaben machen.

VLB-Chef Sauerwein sicherte jedoch zu, dass der Verband sich für einen Zuschlag von 100 Prozent einsetzten werde.

Wir Referendare bestanden darauf, dass alle beruflichen Fachrichtungen – auch die, die nicht als Mangelberuf gelten – von den Sonderzuschlägen profitieren. Weiterhin müssen auch die Referendare, die sich jetzt bereits im ersten Jahr des zweiten Ausbildungsabschnittes befinden, den festgesetzten Sonderzuschlag erhalten.

Zu dem Thema Qualität der Ausbildung in den Seminaren, das schon im letzten Jahr ein Thema war, legte Seminarvorstand Pohlmann für die Hauptseminare eine Liste vor, in der wie in einem Curriculum die Ausbildungsinhalte festgehalten sind.

Ich mach' was draus !

Die aktuellen Reformen bringen spürbare Kürzungen in der Altersversorgung.

Nutzen sie als Bedienstete des öffentlichen Dienstes die staatlichen Vergünstigungen wie Zulagen oder Steuervorteile plus die Debeka-TOP-Konditionen.

Informieren Sie sich jetzt über Ihre Möglichkeiten !

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.



STIFTUNG
WARENTEST

SEHR GUT

Vergleich von 126 kapitalbildenden Lebensversicherungen in FINANZtest, Ausgabe 4/2002.
Beste Bewertung: Debeka Platz 1.


Hauptverwaltung: 56058 Koblenz, Telefon (02 61) 4 98 - 13 99, Telefax (02 61) 4 14 02, internet www.debeka.de

Landesgeschäftsstellen in Bayern: München, Damenstiftstr. 9, 80308 München, Telefon (089) 2 35 01 - 0; Nürnberg, Marienstraße 27, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 23 20 40

Seminarlehrer Götz machte zum Thema Qualität der Seminare einen diskussionswürdigen Vorschlag: „Anstatt sich über schlechte Seminarlehrer zu beklagen, sollten wir (Referendare) Merkmale festlegen, die einen guten Seminarlehrer auszeichnen“. Weiterhin warnte er vor der Gefahr, durch ein straffes Curricular die Seminare stark einzuschränken.

Zum Schluss möchte ich noch ein Missverständnis ausräumen. Das Wochenendseminar der Referendare kann jeder besuchen. Jedes Studienseminar erhält zwar nur zwei Einladungen, diese sollen als Kopiervorlage verwendet werden. Entgegen einiger Meinungen werden die Reise- und Übernachtungskosten

der Seminarteilnehmer vom VLB getragen. Der Verband sorgt auch für das leibliche Wohl der Teilnehmer.

Ich hoffe daher und natürlich aufgrund der Mundpropaganda der diesjährigen Teilnehmer, dass wir im nächsten Jahr noch zahlreicher sein werden, um dann neue aber auch immer wiederkehrende Themen zu diskutieren. Weiterhin stehen im nächsten Jahr die Wahlen für die Posten der Referendarsprecher an. Der Termin für das Wochenendseminar 2003 und eine geplante Themenübersicht wird in unserer Verbandszeitschrift rechtzeitig bekannt gegeben. Alle Interessierten sollten sich aber schon die Wochenenden Mitte bis Ende Februar 2003 frei halten. 

die aufs Äußerste gespannte Finanzlage eine Neuregelung nicht zugelassen habe. Erst die Finanzgerichte von Rheinland-Pfalz (1995) und Münster (1999) brachten durch Aussetzen laufender Verfahren das Bundesverfassungsgericht in Zugzwang – der schließlich jetzt – März 2002 – zu dem neuerlichen Urteil führte.

Aber auch das mahnt nicht zur Eile, immerhin setzt es eine Frist: "Der Gesetzgeber ist verpflichtet, spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 eine Neuregelung zu treffen..."

Merkwürdigkeit Nr. 2

Der mündlichen Verkündung des Urteils ging durch die Vorsitzende des 2. Senats – Jutta Limbach – eine ungewöhnliche Vorrede voraus: Durch das Urteil hätten weder die Rentner – praktisch keine zusätzlichen Belastungen – noch der 'Staat' – keine Ausfälle – etwas zu befürchten. Für die Beamten, denen entgegen der ursprünglichen Intention, das Urteil nichts bringt, fand sie dagegen kein Wort.

Zunächst ging man ja davon aus, dass eine Freistellung der Beamtenpensionen von der Steuer – ggf. durch hohe Freistellungsbeträge – wahrscheinlich sei. Der Kläger des Ausgangsverfahrens hatte gegen seinen Einkommensteuerbescheid Einspruch eingelegt mit der Begründung, sein Versorgungsfreibetrag sei – im Verhältnis zu den Freibeträgen der Rentner – verfassungswidrig zu niedrig. Mit fortschreitender Dauer des Nichthandelns verlagerte sich die Diskussion mehr und mehr zu der Frage wie kann man die Rentner besteuern – ohne sie zu belasten. In der mündlichen Verhandlung vom 9. Okt. 2001, aufgrund derer das Urteil erging, war von einer eventuellen Benachteiligung der Beamten – außer (reichlich matt) durch den Beamtenbund – keine Rede mehr. Dem entspricht auch das Urteil "unvereinbar", d. h. verfassungswidrig und nicht 'nichtig'. 'Nichtig' hätte eine 'Wiedergutmachung', also eine wie auch immer geartete 'Nachzahlung für die Vergangenheit nach sich gezogen.

Senioren

Ein Urteil ganz im Sinne des Zeitgeistes

BERTHOLD SCHULTER

Nun ist es endlich ergangen, das längst überfällige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur ungleichen Besteuerung von Renten und Pensionen, Am 6. März 2002 hat der Zweite Senat sein Urteil verkündet:

Das Einkommensteuergesetz, dass Versorgungsbezüge bis auf einen Versorgungsfreibetrag von höchstens insgesamt 6.000,00 DM zu den steuerpflichtigen Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören und andererseits Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nur mit Ertragsanteilen besteuert werden, deren Höhe unabhängig davon festgesetzt ist, in welchem Umfang dem Rentenbezug Beitragsleistungen des Versicherten aus versteuertem Einkommen vorausgegangen sind, ist mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 eine Neuregelung zu treffen. § 19 Einkommensteuergesetz bleibt bis zum Inkrafttreten einer solchen, längstens mit Wirkung bis zum 31. Dezember 2004 weiter anwendbar.

Selten dürfte man bei der Analyse des Zustandekommens und der Auswirkungen des Urteils auf so viele Merkwürdigkeiten stoßen wie bei dieser Entscheidung und ihren angekündigten Folgen.

Merkwürdigkeit Nr. 1

Unglaubliche Langmut des Bundesverfassungsgerichts mit dem unüberbietbaren Nichtstun des Gesetzgebers.

Bekanntlich hatte - vgl. VLB-Akzente 3/2000 - das BVG 1980 (!) zum gleichen Sachverhalt entschieden, dass der Gesetzgeber eine Neuregelung der bisher unterschiedlichen Besteuerung mit dem Ergebnis "Beseitigung der Verzerrung" zu schaffen habe. Der Gesetzgeber reagierte jahrelang nicht, ja verstärkte durch Erhöhung des Grundfreibetrages für Renten die Verzerrung noch erheblich. 1992 zeigte das Bundesverfassungsgericht erstaunliches Verständnis für die Missachtung seines eigenen Urteils. Die in dem Urteil von 1980 implizierten Fristen für die Umsetzung seien noch nicht überschritten, weil die Bundesregierung und der Bundestag mit dem Problem der deutschen Wiedervereinigung überlastet gewesen seien und

Merkwürdigkeit Nr. 3

Die durch das Urteil geforderte Politik lässt z. Zt. mit großem Aufwand verkünden, dass man das Urteil praktisch ohne negative Folgen für die Rentner verwirklichen werde. Man erweckt den Eindruck, die Quadratur des Kreises gefunden zu haben. Wahlen stehen an und das Rentner/innenpotential ist erheblich!

Dann solle dem Urteil dadurch Genüge geleistet werden, dass man in beiden Systemen zur 'nachgelagerten' Versteuerung übergehe – wie bisher im Beamtenbereich: un- versteuerte Beiträge zur Altersversorgung, zu versteuernde Altersversorgung (also auch der Renten). Rentnern und rentennahen Angestellten und Arbeitern nicht wehe zu tun, soll durch lange Übergangsfristen bewerkstelligt werden. Übrigens Übergangsfristen! Übergangsfristen sind grundsätzlich zur Wahrung des Vertrauensschutzes notwendig – nur bei der Pensions-Anpassung an die Rentenreform ist er erst ganz aktuell zum Nachteil der Pensionäre und der pensionsnahen Beamten mit Füßen getreten worden. Auf

weitere Sicht soll durch entsprechende Regelung der Steuerfreibeträge die Belastung der Rentner praktisch auf heutiger Höhe bleiben.

Merkwürdigkeit Nr. 4

Das Urteil gab den Medien wieder einmal Gelegenheit, der dummen Öffentlichkeit mit Hilfe weitverbreiteter und gern gehörter Vorurteile einen zugegeben nicht ganz einfachen Sachverhalt zu 'erklären'. Das ging etwa so:

Während der 'aktiven' Lebensphase sind

- die Beamten im Vorteil, sie zahlen keinen Beitrag für ihre Altersvorsorge also auch keine Steuern;
- die Angestellten und Arbeiter im Nachteil sie zahlen Beiträge aus versteuertem Einkommen; Im Ruhestand ist es umgekehrt.
- die Beamten müssen ihre Pension versteuern
- die Rentner müssen ihre Rente nicht versteuern.

Im Grunde sei das ein gerechter Ausgleich. Das Urteil müsse 'verwirklicht' werden, aber ohne Verschlechterung für die Renten.

Pädagogik wie Konrad Celtis, Johann Amos Comenius und Romano Guardini, mit Fragen der Lehrerbildung, mit dem Vergleich von Bildungssystemen und den Problemen einer christlichen Erziehung wissenschaftlich auseinander gesetzt.

Der VLB gratuliert einem engagierten Mitstreiter, wenn es um die Belange der beruflichen Schulen in Bayern geht, zu dieser Ernennung.

VLB

Günter Lenkl im Ruhestand

Im Januar wurde Günter Lenkl, Leiter der Staatlichen Berufsschule Kelheim, in den Ruhestand verabschiedet. Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger umriss den Werdegang des zukünftigen Pensionisten und würdigte seine herausragenden beruflichen Verdienste.



Auch die Verbandsarbeit hat für Günter Lenkl einen hohen Stellenwert eingenommen. Seit fast dreißig Jahren ist Günter Lenkl den diversen Berufsschullehrerverbänden verbunden. Nach seinem Eintritt im März 1972 in den damaligen Verband Bayerischer Landwirtschaftslehrer (VBL) bekleidete Lenkl mehrere Jahre den Posten des Schriftführers in demselben. Nach dem Zusammenschluss von VBL und VBB im Jahre 1979 gab er dieses Amt, das er als Letzter in dem Altverband inne hatte, ab. Seither begleitete Günter Lenkl die Verbandsarbeit mit Rat und Tat, so dass auch der jetzige VLB mit ihm ein überaus aktives und engagiertes Mitglied in den Ruhestand verabschiedet.

Karin Zach, Manfred Neumann

Personalien

Dr. Walter Eykmann – Honorarprofessor

Dr. Walter Eykmann ist auf Antrag der philosophischen Fakultät III und auf einstimmigen Beschluss des Würzburger Universitätssenats von Wissenschaftsminister Hans Zehetmair zum Honorarprofessor für Pädagogik an der Julius-Maximilians-Universität ernannt worden. Der frühere und langjährige Studiendirektor am Würzburger Riemenschneider-Gymnasium unterrichtete dort die Fächer Latein, katholische Religionslehre und Sozialkunde. Als erster Laie wurde er 1971 Seminarlehrer und –leiter für die Ausbildung von Studienreferendaren/innen im Fach „Katholische Religionslehre“. 1989 promovierte er im Fach „Pädagogik“ bei dem Würz-



burger Pädagogen Prof. Dr. Winfried Böhm mit einer Arbeit über „Friedensverkündigung und Friedenserziehung“, wurde 1995 Lehrbeauftragter und prüft seit 1998 angehende Gymnasiallehrer im Fach „Allgemeine Pädagogik“. In zahlreichen Buch- und Zeitschriften-Veröffentlichungen hat sich Eykmann mit den bedeutenden Klassikern der

Wir gratulieren im Juni ...

... zum 85. Geburtstag

Riegel Eugen, 20.06.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 80. Geburtstag

Neumeister, Elisabeth, 11.06.
91541 Rothenburg, KV Mfr.-Süd

Arnold, Walter, 25.06.
80809 München, BV München

... zum 75. Geburtstag

Häupel, Elisabeth, 02.06.
91413 Neustadt, KV Mfr.-Nord

Frank, Heinz, 09.06.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

Eder, Alois, 11.06.
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost

Prell, Liselotte, 11.06.
90766 Fürth, KV Mfr.-Nord

Eberle, Wolfgang, 14.06.
87640 Biessenhofen, KV Allgäu

Kretschmer, Walter, 15.06.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 70. Geburtstag

Auer, Helmut, 04.06.
80797 München, BV München

Mönius, Georg, 08.06.
91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim

... zum 65. Geburtstag

Jankowski, Siegfried, 11.06.
97080 Würzburg, KV Würzburg

Moezer, Herbert, 14.06.
91586 Lichtenau, KV Mfr.-Süd

Leitenmeyr, Elisabeth, 20.06.
86199 Augsburg, KV Nordschwaben

Stenger, Ilse, 28.06.
82256 Fürstenfeldbruck, KV Obb.-Südwest

Buchetmann, Alfred, 30.06.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost

Richter, Manfred, 30.06.
91781 Weißenburg, KV Mfr.-Süd

... zum 60. Geburtstag

Marr, Alexander, 05.06.
96117 Memmelsdorf, KV Bamberg-Forchh.

Poßner, Klaus, 08.06.
91126 Rednitzhembach, KV Mfr.-Süd

Bitter Hubert, 14.06.
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord

Kaiser, Hans-Joachim, 14.06.
97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön

Kohler, Karl-Heinz, 14.06.
83022 Rosenheim, KV Rosenheim-MB

Lademann, Reiner, 14.06.
87740 Buxheim, KV Allgäu

Holzer, Manfred, 15.06.
87437 Kempten, KV Allgäu

Rosenberger, Hans, 16.06.
95680 Alexandersbad, KV Ofr.-Nord

Weishaupt, Erika, 19.06.
86381 Krumbach, KV Nordschwaben

Hoffstadt, Klaus, 22.06.
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord

Pietsch, Werner, 27.06.
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord

Rank, Herbert, 27.06.
90547 Stein, KV Nürnberg-Ost

In den Ruhestand sind gegangen

Bellingrath, Horst (KV Nürnberg)

Bergner, Ulrich (KV Main-Rhön)

Dr. Demmel, Walter, (BV München)

Dr. Greb, Franz (KV Rosenheim-Miesbach)
Gröger, Georg (KV Bamberg-Forchheim)
Gürtner, Klaus (KV Obb.-Nordwest)
Heider, Erich (KV Untermain)
Heinz, Gerhard (KV Nürnberg)
Köhler, Franz (KV Untermain)
Leibrecht, Marie-Luise (KV Regensburg)
Meixner, Heinz (KV Untermain)
Preininger, Norbert (KV Bayreuth-Pegnitz)
Reuß, Rudolf (KV Oberbayern-Nordwest)
Dr. Rösch, Herbert (BV München)
Morawitzky, Klaus
 (KV Bamberg-Forchheim)
Neuf, Ulrich (KV Donau-Wald)

Porsche, Friedrich (KV Landshut)
Schäfer, Gerhard (KV Obb.-Nordwest)
Sommerer, Wulf (KV Bayreuth-Pegnitz)
Sommermann, Otto (KV Ofr.-Nordwest)
Stawski, Marietta (BV München)
Sy, Erika (KV Nürnberg)
Dr. Trenka, Albert (KV Obb.-Nordwest)
Vogel, Roland (KV Main-Rhön)

Wir trauern um...

Hefele, Anton (62) KV Allgäu
Dr. Moßburger, Karl (84) KV Augsburg
Wirth, Wolf (81) KV Würzburg

Bei einer finanziellen Besserstellung angehender Bewerber würde sich eine aus unserer Sicht absurde Situation ergeben: Fachqualifizierte und bereits berufserfahrene, angehende Lehrer (Dipl.-Handelslehrer) verdienen im zweiten Jahr des Referendariats weniger als angehende Neueinsteiger, die u. U. nicht einmal eine (akademische) pädagogische Vorbildung besitzen.

2. AQUA

Prinzipiell befürworten wir natürlich eine Änderung bzw. Reform des Referendariats. Auch die Einführung eines Modellversuchs hierzu scheint sinnvoll. Allerdings möchten wir Ihnen folgende Bedenken weitergeben. Bisher war man bestrebt, Lehrer an beruflichen Schulen möglichst breitgefächert auszubilden. Es wurde an den Seminarschulen darauf geachtet, dass die Unterrichtsstunden nicht am Bedarf der Schule ausgerichtet wurden, sondern möglichst unterschiedliche Berufssparten und Fächer betrafen. Nun sollen die Referendare schuladäquat ausgebildet werden. Die bisherige Flexibilität ist damit nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet.

In der derzeitigen Organisationsform des Referendariats können sich die Referendare in ihrer „Lerngruppe“, in die sie an der jeweiligen Seminarschule integriert sind, untereinander austauschen und von ihren positiven und negativen Erfahrungen lernen. Bei AQUA ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden. Es gibt keine Seminargruppe mehr, die Teilnehmer sind stärker auf sich alleine gestellt. Der Aspekt, die Teamfähigkeit der Lehrkräfte zu fördern, wird hier nicht erfüllt. AQUA befürwortet vielmehr wieder ein „Einzelkämpfer-Dasein“.

Die attraktivste Komponente an AQUA ist die bislang einzigartige Möglichkeit, seinen Einsatzort durch Direktbewerbung selbst mitbestimmen zu können. Dies könnte auf uns Referendare, die den Vorbereitungsdienst bereits angetreten haben, Auswirkungen haben. Viele Referendare haben aufgrund von AQUA die Befürchtung, im zweiten Jahr ver-

Leserbriefe

Zum Dauerthema 'Lehrernachwuchs' erreichte die Redaktion zwei Leserbriefe, die wir nachfolgend wiedergeben:

Die Sprecher der Referendare des 1. Ausbildungsabschnittes haben nachfolgenden Brief sowohl an das Kultusministerium, das Studienseminar Nordbayern als auch an den VLB geschrieben.

Situation und Forderungen der Referendare an beruflichen Schulen Bayern 2001/2003

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

wir möchten Ihnen aus Sicht der Referendare 2001/2003 die Auswirkungen der Veränderungen darstellen, die der Vorbereitungsdienst auf das Lehramt an beruflichen Schulen künftig mit sich bringen wird. Unsere Ausführungen beziehen sich auf drei Aspekte:

1. Erhöhung der Anwärterbezüge;
2. AQUA-Modellversuch an beruflichen Schulen;
3. Sondermaßnahmen/Traineeprogramme.

1. Erhöhung der Anwärterbezüge

Wir sind natürlich höchst erfreut, von der Erhöhung der Bezüge zu hören. Allerdings sind uns schon von verschiedenen Seiten Aussagen zugetragen worden, nach denen die

Erhöhung der Besoldung für uns im zweiten Jahr geringer ausfallen könnte als bei den Referendaren des ersten Jahres bzw. gar keine Erhöhung erfolgen soll. Wir fordern hier, die Gelder, welche für die Erhöhung der Bezüge vorgesehen sind, gerecht zu verteilen. Eine Verteilung, ohne ausreichende Berücksichtigung der Referendare im 2. Ausbildungsabschnitt können wir nicht hinnehmen. Das Referendariat stellt hohe Anforderungen an uns. Diesen gerecht zu werden, beansprucht viel Zeit und Mühe. Dies sollte auch entsprechend entlohnt werden. Hinzu kommt, dass wir im zweiten Ausbildungsabschnitt nahezu vollwertige Lehrkräfte sein werden. Meist übernehmen wir an der Einsatzschule 16 Stunden eigenverantwortlichen Unterricht und erwarten hierfür eine angemessene Entlohnung. Es kann deshalb nicht sein, dass die Referendare im zweiten Ausbildungsabschnitt für die nahezu dreifache Anzahl der Unterrichtsstunden im Vergleich zu den Referendaren im ersten Ausbildungsabschnitt finanziell schlechter gestellt werden. Hinzu kommt, dass sich unter den Bewerbern für das neue Schuljahr auch sog. Quereinsteiger (BWL, VWL etc.) befinden, die im Gegensatz zu uns Wirtschaftspädagogen nicht auf eine einschlägige pädagogische Ausbildung zurückgreifen können.

stärkt weit entfernt vom Heimatort eingesetzt zu werden. Durch die Direktbewerbungen an sehr attraktiven Standorten werden unsere Chancen geringer, im zweiten Vorbereitungs-jahr die von uns gewünschten Stellen zu erhalten. Die Referendare, die ein Jahr später in den Vorbereitungsdienst treten und im Modellversuch eine Anstellung erhalten, kommen – durch die Aussicht auf Übernahme bevorzugt – vor uns an Schulen, die für uns sowohl im zweiten Jahr als auch nach dem Vorbereitungsdienst interessant sind.

Wir fordern deshalb, bei der Verteilung der Referendare im zweiten Jahr auf die Einsatzschulen den Modellversuch nicht zu berücksichtigen und die Anzahl der Stellen nicht zu kürzen sowie für Gerechtigkeit bei der Verteilung der Stellen zu sorgen.

3. Sondermaßnahmen/Trainee-programme

Wir sind uns darüber bewusst, dass sich die Nachwuchssituation an beruflichen Schulen derzeit sehr bedenklich darstellt. Hierfür sind in erheblichem Maße die bislang völlig ungenügenden Bezüge mitverantwortlich. Den Ausweg hier aber in Sondermaßnahmen bzw. Trainee-programme zu suchen, erscheint uns sehr fragwürdig, da dadurch unser Studium der Wirtschaftspädagogik als Kombination von Betriebswirtschaft und Pädagogik völlig entwertet wird. Der Studiengang der Wirtschaftspädagogik hinsichtlich des Schuldienstes scheint seine Berechtigung zu verlieren, wenn jeder Betriebs- oder Volkswirt nach Durchlaufen eines Trainee-programms oder durch die Anstellung im Rahmen einer Sondermaßnahme dieselbe Qualifikation erhalten soll. Dadurch leidet die Attraktivität des Referendariats, welche ohnehin im Gegensatz zu der Möglichkeit gleich in der Wirtschaft eine vollwertige Anstellung zu finden, nicht zum Besten gestellt ist. Die regulären Absolventen der Wirtschaftspädagogik wandern ab zu Gunsten pädagogisch nicht ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler.

Es ist nicht unser Anliegen, nur über unsere unbefriedigende Situa-

STADT WÜRZBURG

Die Stadt Würzburg sucht zum Schuljahresbeginn 2002/2003

Lehrkräfte

für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen

- Metalltechnik/ Kfz-Technik/ Zweifach beliebig
- Metalltechnik/ Zweifach Sozialkunde
- Elektrotechnik/ Informationstechnik/ Zweifach beliebig
- Medientechnik/ Drucktechnik/ Zweifach beliebig
- Ernährungs- und Haushaltswissenschaften/Nahrung/ Zweifach beliebig für den Einsatz an der Franz-Oberthür-Schule (Städt. Berufsbildungszentrum I). Auskünfte erteilt der Schulleiter, Herr Sauerwein, unter der Rufnummer 0931/79530.
- Bautechnik/ Zweifach Sozialkunde

für den Einsatz an der Josef-Greising-Schule (Städt. Gewerbliches Berufsbildungszentrum II). Auskünfte erteilt der Schulleiter, Herr Höfling, unter der Rufnummer 0931/640150.

- Sozialpädagogik/ Zweifach beliebig für den Einsatz am Städt. Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen. Auskünfte erteilt der Schulleiter, Herr Ott, unter der Rufnummer 0931/7908-300.

als Diplomhandelslehrer/ Diplomhandelslehrerin

mit Zweifach Englisch/ Informatik/ Deutsch bzw. vertieften EDV-Kenntnissen für den Einsatz am Städt. Kaufmännischen Berufsbildungszentrum bzw. am Beruflichen Schulzentrum für Wirtschaft und Datenverarbeitung. Auskünfte erteilen die Schulleiter, Herr Allmansberger unter der Rufnummer 0931/7908-100 bzw. Herr Kerler unter der Rufnummer 0931/7908-200.

als Fachlehrer/Fachlehrerin

der Fachrichtung Ernährung (Bäcker/ Konditoren) für den Einsatz an der Franz-Oberthür-Schule (Städt. Berufsbildungszentrum I). Auskünfte zu den Einstellungs Voraussetzungen als Fachlehrer/ Fachlehrerin erteilt der Schulleiter der Franz-Oberthür-Schule, Herr Sauerwein, unter der Rufnummer 0931/79530.

Die Einstellung erfolgt für den gesamten Schulbereich der Stadt Würzburg und nicht für einzelne Schulen.

Die Beschäftigung erfolgt in der Regel im Beamtenverhältnis, soweit die Voraussetzungen hierfür erfüllt werden.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Da die Stadt Würzburg die Gleichstellung von Frauen und Männern fördert, werden Bewerbungen von Frauen ausdrücklich begrüßt.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, richten Sie Ihr Bewerbungsschreiben mit den üblichen Unterlagen (Ablichtung des Abschlusszeugnisses der allgemeinbildenden Schule, der Hochschulzeugnisse, des Zeugnisses über den Erwerb der Lehrbefähigung, der sonstigen Zeugnisse über den Berufsabschluss und die bisherige Berufstätigkeit sowie Lebenslauf und Lichtbild) bis spätestens

24. Mai 2002

an die

**Stadt Würzburg, - Fachbereich Schule -,
Postfach, 97067 Würzburg**

Neben den Schulleitern steht Ihnen der Fachbereich Schule, Frau Münch, unter der Rufnummer 0931/37-3462 für eine erste Kontaktaufnahme zur Verfügung.

tion zu klagen. Es ist uns vielmehr ein dringendes Anliegen, diejenigen über unsere Situation zu informieren, die für uns wegweisende Entscheidungen treffen. Wir bitten Sie, zu den dargestellten Problemen Stellung zu beziehen und hoffen auf eine baldige Antwort Ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Hdl. Manuela Stütz
(Seminarsprecherin der Referendare an berufl. Schulen Nordbayern)

Dipl.-Hdl. Markus Weiß
(Seminarsprecher der Referendare an berufl. Schulen Nordbayern)

Eine Gruppe niederbayerischer Lehrer verfasste nachfolgenden Lesebrief an den VLB.

Unterstützt der VLB die Ungleichbehandlung der Junglehrer?

„Der Nachwuchsmangel ist ein nach wie vor elementares Defizit in der beruflichen Bildung“. Mit diesem Satz spricht der Vorsitzende des VLB, Hermann Sauerwein, in seinen Worten zum Jahreswechsel im Heft 01/02 ein wahrlich ernstes Problem an. Die Reaktion des Kultusministeriums auf den Lehrermangel an beruflichen Schulen ist dem Verbandsheft "akzente" vom März/April 2002 zumindest teilweise zu entnehmen.

Wer aber bereits den Internetauftritt des Staatsministeriums gelesen hat, kennt die ganze Wahrheit über die Sondermaßnahmen für das Schuljahr 2002/03 im beruflichen Schulwesen. Demnach wird zunächst versucht, Quereinsteiger wie z. B. Diplomkaufleute für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst zu gewinnen. Bereits seit März laufen Vorstellungsgespräche für die Sondermaßnahme. Reicht die Attraktivität dieses Angebotes nicht aus, um genügend Seiteneinsteiger zu rekrutieren, wird das Staatsministerium Bewerber direkt in den Schuldienst übernehmen (Trainee-Programm). Dabei stellt das Ministerium in Aussicht, Seiteneinsteigern, die zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden, den Übertritt in

das „Trainee-Programm“ zu ermöglichen.

Die Vergütung dieser „Trainee-Programm-Teilnehmer“ erfolgt nach BAT II a, während die Referendare Anwärterbezüge erhalten. Zur Attraktivitätssteigerung der Sondermaßnahme trägt bei, dass diese Absolventen im Gegensatz zum Vorbereitungsdienst nicht das zweite Staatsexamen mit allen dazugehörigen Erschwernissen wie Lehrproben bewältigen müssen. Dennoch werden sie in die Laufbahn des höheren Dienstes mit dem Eingangsamtsamt A 13 übernommen. Außerdem können die Seiteneinsteiger bei der von ihnen gewählten Schule bleiben, während den anderen Junglehrern der Einsatz in ganz Bayern „droht“.

Diese Ungleichbehandlung des Lehrernachwuchses halten wir für unzumutbar. Wenn man sich für diese Art der Lehrerausbildung entscheidet, ist es nicht nachvollziehbar, warum nicht alle Absolventen, also etwa auch die Diplom-Handelslehrer in das „Trainee-Programm“ aufgenommen werden. Man bedient eine Gruppe mit Sonderbedingungen, weil man eingestehen muss, dass man mit den Bedingungen, die man der anderen Gruppe zumutet, niemanden „hinter dem Ofen vorlocken“ kann. Hier stellt sich auch die Frage, ob der Beruf des Lehrers aus Gründen der Bezahlung gewählt wird, oder ob nicht vielmehr die innere Überzeugung ausschlaggebend sein sollte.

Warum der VLB bisher seine Mitglieder über diese Missstände nicht vollständig informiert hat, erscheint uns unverständlich. Es drängt sich die Vermutung auf, dass der VLB nichts gegen dieses Vorgehen einzuwenden hat und sich der Meinung anschließt, dass man, im Gegensatz zu den Lehrkräften an Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, im beruflichen Schulwesen keine fundierte universitäre pädagogische Bildung benötigt. Ist dies der Fall, so fragen wir uns, warum der VLB bei Hochschulzugangsberechtigten mit einer Broschüre namens „Wirtschaftspädagoge: Beruf mit Zukunft“ wirbt.

Wäre es da nicht angebrachter, den jungen Menschen zu empfehlen, etwa Betriebswirtschaftslehre zu studieren, um nach dem Studium die dann besseren Chancen in der freien Wirtschaft zu nutzen oder - je nach Interessens- oder Marktlage - in den Schuldienst zu gehen?

Es ist offensichtlich so, dass dem VLB die zugegebenermaßen schwierige Situation an den Schulen, wo dringend Lehrer gebraucht werden, als vorrangig lösungsbedürftig erscheint. Ist dies der Fall, dann nimmt der Verband aber in Kauf, dass jene die Folgen einer lange verschlafenen Förderung der universitären Lehrerausbildung zu tragen haben, die sich am wenigsten wehren können: der Lehrernachwuchs an unseren Universitäten und in den Seminaren, die sich jahrelang um eine fundierte Ausbildung für den Einsatz im beruflichen Schulwesen bemühen.

Sollte der VLB gegen die Ungleichbehandlung des Lehrernachwuchses nicht massiv vorgehen und seine Mitglieder entsprechend mobilisieren, ist die Konsequenz für uns klar: Wenn diese Interessen vom Verband nicht vertreten werden, wollen auch viele Mitglieder nicht mehr im Verband vertreten sein. Dies gilt insbesondere für die kommenden (oder bald arbeitslosen?) Junglehrer. Es dürfte in Zukunft sicherlich schwer werden, diese als VLB-Mitglieder zu gewinnen.

Dietmar Bauer, 93047 Regensburg
Peter Boeske, 94315 Straubing
Wolfgang Boiger, 94469 Deggendorf
Klaus-Peter Bromme, 94377 Steinach
Jürgen Cieslik, 84066 Mallersdorf-Pfaffbg.
Harald Dietlmeier, 93086 Wörth a. d. Donau
Wolfgang Demlehner, 94315 Straubing
Hans Detterbeck, Puchhausen
Petra Fochtnr, 93083 Obertraubling
Richard Geier, 84347 Pfarrkirchen
Udo Harthaler, 94315 Straubing
Sonja Heimerl, 94315 Straubing
Angela Hendschke-Lug, 93161 Sinzing
Sabine Hoidn, 94315 Straubing
Daniela Moser, 94560 Neuhausen
Martina Ostermaier, 94315 Straubing
Ottmar Rossmüller, 94315 Straubing
Andrea Rummel, 94469 Deggendorf
Alfred Sagmeister, 94356 Kößnach
Pia Schinko, 94315 Straubing
Ulrike Sinz, 94315 Straubing
Harald Stern, 93197 Zeitlarn
Frieda Treimer, 94265 Patersdorf
Ingrid Vandieken, 94315 Straubing
Werner Winter, 94315 Straubing
Stefan Zellmeier, 84082 Laberweinting
Monika Zimmermann, 94315 Straubing
Elisabeth Zinner, 94315 Straubing

Nachrichtliches

Verbesserung im Bildungssystem gefordert

Experten fordern Verbesserungen im deutschen Bildungssystem. Das bestätigte eine Expertenanhörung vor dem Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung in Berlin.

Nach Angaben des Bundestagspressedienstes erklärte der Wissenschaftler Jürgen Baumert vom Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, dieses negative PISA-Ergebnis sei vorhersehbar gewesen. Denn in Deutschland sei über Jahre hinweg mit geschönten Tests gearbeitet worden. Der Anteil der schwachen und extrem schwachen Leser sei mit fast 23 Prozent für Industriestaaten ungewöhnlich hoch.

Typische schwache Leser sind laut PISA-Studie Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Baumert betonte, auch in der mathematischen sowie der naturwissenschaftlichen Grundbildung lägen deutsche Schülerinnen und Schüler signifikant unter den Durchschnittswerten der Industrieländer. Die Studie zeige auch, dass das deutsche Bildungssystem nicht in der Lage sei, Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft gleiche Kompetenzen zu vermitteln.

Professor Eckhart Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung sprach sich für eine verstärkte Förderung der Lesekompetenz aus. Analysen des PISA-Konsortiums zufolge unterschieden sich Schüler verschiedener sozialer Herkunft nicht mehr in ihren mathematischen Fähigkeiten, wenn sie dieselbe Lesekompetenz besitzen. Die Leseförderung müsse also bereits in der Grundschule intensiviert, das Bildungsangebot der Schulen erhöht und das System zur Unterstützung schwacher Schüler verbessert werden.

Jürgen Rolle vom Institut für Sozialpolitik wies darauf hin, dass auch die Kooperation zwischen El-

ternhaus und Schule effektiver werden müsse. Einheitliche Lernziele und Bildungsvorgaben verlangte Andreas Schleicher vom PISA-Sekretariat in Paris. Der internationale Vergleich habe die Erfolgsmerkmale anderer Länder wie Finnland, Schweden und Japan deutlich gezeigt: Das Lernen und nicht das Schulsystem stehe im Vordergrund. *dpa*

Bayern beschließt Programm für Sozialarbeit an Schulen

Notorisches Schuleschwänzen, Schlägereien, Bandenkonflikte – solche Probleme sollen an bayerischen Schulen künftig möglichst frühzeitig angepackt werden. Das Kabinett beschloss daher ein Förderprogramm Jugendsozialarbeit für Haupt-, Förder- und Berufsschulen.

Innerhalb von zehn Jahren sollen danach bis zu 350 neue sozialpädagogische Fachkräfte eingestellt werden. Der Staat will sich mit 40 Prozent an den Personalkosten beteiligen. Den Rest sollen Jugendamt, Schulträger und möglicherweise Sozialvereine tragen. SPD und Grüne begrüßten die Initiative grundsätzlich, sprachen aber von einem „Tropfen auf den heißen Stein“.

Zu dem Förderprogramm gab es bereits 33 Pilotprojekte an so genannten Brennpunktschulen. Nach

Angaben von Sozialministerin Christa Stewens (CSU) wurden dabei positive Erfahrungen gemacht. So sei das Konflikt- und Gewaltpotenzial um rund 52 Prozent zurückgegangen, fast die Hälfte der leistungsschwächeren jungen Menschen habe in eine Ausbildung oder Beschäftigung vermittelt werden können. SPD und Grüne forderten, der Staat müsse die Kosten voll übernehmen und dürfe sie nicht auf die kommunale Ebene abschieben. *dpa*

Studie: Knapp zwei Drittel der Eltern fordern strengere Erziehung

Knapp zwei Drittel (62 Prozent) der Eltern in Deutschland fordern bei Kindern in anderen Familien eine strengere Erziehung. Bei ihrem eigenen Nachwuchs sind sie dagegen nicht so rigoros. Das ergab eine Forsa-Umfrage bei 1045 Personen im Auftrag der Zeitschrift „Geo“. In den neuen Bundesländern sind es laut „Geo“ nur 44 Prozent. Den Unterschied in der Erziehung eigener und fremder Kinder erklärt die Zeitschrift mit der „unterschiedlichen Perspektive“. Die eigene Familie nehmen Eltern dem Bericht zufolge vor allem als Ort der Geborgenheit und des liebevollen Umgangs mit Kindern war. Andere Familien fassen sie dagegen eher als Ursache von Problemen wie Jugendgewalt und Schulversagen auf. *dpa*

Fachlehrer für Metalltechnik

Fachrichtung Fertigungstechnik
zum Schuljahr 2002/2003 gesucht.

Bitte wenden Sie sich an folgende Adresse:

Staatl. Berufsschule Bad Tölz-Wolfratshausen
Außenstelle Wolfratshausen,
Tel. 081 71/4 1933 oder 080 41/7 87 60

Ansprechpartner: Herr Freymüller

Deutsche sollten mehr Sprachen lernen

Die Deutschen sollten mehr Fremdsprachen lernen. „Sie sind immer noch überwiegend einsprachig. Neben ihrer Muttersprache beherrschen viele höchstens noch einen Dialekt“, kritisierte der Leiter des Institutes für Deutsche Sprache in Mannheim, Gerhard Sichel.

„Die Deutschen laufen Gefahr, an ihrer eigenen Sprache satt zu sein“, sagte Stickel. „Aber das Deutsche hat nur dann eine Chance zu überleben, wenn wir mehr Fremdsprachen lernen. Nur so können wir Europas kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt erhalten, und die ist nun einmal vor allem sprachlich orientiert“.

„Bei den Deutschen herrscht eine Art Weltuntergangstimmung“, stellte der britische Germanist Martin Durrell von der Universität Manchester fest. „Sie sind der Meinung, dass ihre Sprache höchstens noch zwei Generationen überdauern und dann aussterben wird, weil alle nur noch Englisch sprechen werden. Das stimmt nicht.“ Das Englisch, das bei Arbeitstreffen oder im Urlaub gesprochen werde, sei nur eine Hilfssprache.“

Die deutsche Sprache treffe im Ausland immer noch auf kuriose Vorurteile, sagte Stickel. So gelte in Frankreich ein Hochschulbewerber, der Deutsch als Fremdsprache gelernt habe, als besonders qualifiziert. „Dort gilt: Wer Deutsch lernt, schreckt vor nichts zurück.“ Auch geisterten durch ausländische Ro-

mane und Comic-Hefte immer noch Deutsche als Landser und vor allem als Befehle brüllende Nazi-Schergen. „Ein Türke hat mir gesagt: Englisch ist fürs Business, Französisch für Frauen und Künstler, Deutsch ist für richtige Männer“, sagte Stickel.

„Die Deutschen mögen das Vorurteil, dass ihre Sprache kompliziert sei“, sagte Durell. Umfragen bei englischen Schülern hätten jedoch ergeben, dass Deutsch im Gegensatz zu Französisch als leicht zu lernende Sprache empfunden würde.

In der Geschäftswelt werde vor allem „bse“ gesprochen, „bad simple english“, beklagte Stickel. „In den Fluren von großen Firmen in Böblingen und Stuttgart hört man eine Mischung aus Schwäbisch und schlechtem Englisch.“ Doch legten gerade junge Leute aus Osteuropa großen Wert darauf, Deutsch zu lernen, weil sie glaubten, damit Erfolg im kaufmännischen Bereich zu haben. *dpa*

Die Zahl der Schüler an beruflichen Schulen konstant

Die Zahl der Schüler an beruflichen Schulen ist fast konstant. Im Westen drücken im laufenden Schuljahr etwas mehr, im Osten etwas weniger Menschen die Schulbänke. Bei der Verteilung auf die einzelnen Schultypen setzt sich die Tendenz nach höheren Bildungsabschlüssen fort. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) Mitte März in Wiesbaden mit.

2,7 Millionen Schüler besuchen im Schuljahr 2001/2002 eine berufliche Schule in Deutschland – 0,3 Prozent mehr als vor einem Jahr. In den alten Ländern stieg die Zahl um 0,7 Prozent (oder 15.000), in den neuen Ländern und Berlin sank sie um 1,1 Prozent (oder 6.800).

In den Berufsschulen des dualen Systems ging die Zahl der Schüler um 0,9 Prozent (oder 16.700) zurück. Eine Ursache sehen die Statistiker in den demographisch schwachen Altersjahrgängen der 16- bis 18-Jährigen. Im Berufsvorbereitungsjahr, das überwiegend von Schülern absolviert wird, die nach Ende ihrer Schulpflicht keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, wurden 3.000 Schüler mehr (plus 4,2 Prozent) gezählt.

Berufliche Schulen, auf denen die Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben werden kann, zählten dagegen deutlich mehr Schüler. Die Fachgymnasien beispielsweise verzeichneten ein Plus von 4,6 Prozent (oder 4.500), gefolgt von den Berufsoberschulen und Technischen Oberschulen mit einem Plus von 3,9 Prozent (400). Einen Zuwachs verzeichneten auch die Fachschulen, die vor allem der beruflichen Fortbildung dienen: um 3,6 Prozent oder 5.200 Schüler.

Der Anteil der Schülerinnen liegt mit 45,1 Prozent auf Vorjahresniveau. Im Berufsbildungsjahr beträgt der Frauenanteil nur 29,3 Prozent, bei den Berufsfachschulen jedoch 57,6 Prozent. *dpa*

INDIEN – Rajastan 26.10.2002 – 02.11.2002 Delhi, Agra, Taj Mahal, Fatehpur Sikri, Jaipur, Fort Amber Swiss Air ab MUC, HP, Preis ab 1198,- € VLB	LADAKH - Land des Himalaya 04.08. – 13.08.02 Leh, Tikse, Shey, Saspol, Ridzong, Alchi, Lamayuru, Delhi, Agra Cross Air ab MUC, VP, Preis ab 1848,- € VLB
BIRMA/KAMBODSCHA 02.08.– 16.08.2002 Rangoon, Mandalay, Bagan, Pindaya, Angkor, Bangkok Thai Airways ab MUC, HP, Preis ab 2348,- € VLB	Naturwunder NAMIBIA 19.08.2002 – 02.09.2002 Windhoek, Sossusvlei, Sesriem, Swakopmund, Etosha NP, Air Namibia ab FRA, VP, Preis ab 2298,- € VLB
LIPARISCHE INSELN 01.09.– 08.09.2002 Catania, Stromboli, Lipari, Vulcano, Taormina, Ätna Linienflug ab MUC, HP, Preis ab 1039,- € VLB	PERU - im Reich der Inka 18.08.2002 – 01.09.2002 Lima, Paracas, Nazca, Arequipa, Cuzco, Machu Picchu, Puno Linienflug ab FRA, HP, Preis ab 2598,- € VLB
Reisedienst Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86	
Pfingsten 02: Iran 12 Tage ab 1698,- €, Bellaria (Adria) 8 Tage ab 328,- €, Mauritius ab 1648,- € Sommer 02: Carrara (Toskana) 8 Tage ab 345,- € Herbstferien 02: Ägypten mit Nilkreuzfahrt 10 Tage, Tunesien 8 Tage, Indien – Rajastan 8/9 Tage, Oman 8/9 Tage, Türkei Kappadokien 8 Tage, Andalusien 8 Tage ab 799,- € Weihnachten: Oman 9 Tage, Jemen 11 Tage ab 1548,- €	

Aktuelles aus dem Internet

zusammengestellt von Martin Ruf

Marketing-Nachschlagewerk kostenlos in der FOCUS-MediaLine

Der „Koschnick“ mit rund 40 000 Stichwörtern jetzt online verfügbar.

Ab sofort ist das Marketing-Nachschlagewerk von Wolfgang J. Koschnick, dem Autor vieler etablierter Fachlexika und Wörterbücher, in der FOCUS-MediaLine unter www.medialine.de kostenlos zugänglich. Zu rund 40.000 Stichwörtern in Deutsch und Englisch finden sich neben der reinen Übersetzung auch detaillierte Definitionen, Begriffserklärungen und Erläuterungen. Es handelt sich um das wohl umfassendste Marketing-Standardwerk, das nur wenige Fragen unbeantwortet lassen dürfte.

Erfolgreiche Marketing-Strategien im nationalen und internationalen Business basieren auf fundiertem Wissen. Für viele Nutzer ist bereits das Marketing-Wörterbuch in gedruckter Version zu einer unentbehrlichen Hilfe geworden, da es neben der sprachlichen vor allem auch die inhaltliche Dimension der Fachtermini berücksichtigt. Der Titel fungiert zugleich als Wörterbuch und Lexikon. Die Vorteile der nun vorliegenden Online-Version sind die ständige Aktualisierung der Inhalte und die Möglichkeit des Nutzers, von überall und zu jeder Zeit auf die Inhalte zugreifen zu können. Bei Interesse an zusätzlichen Übersetzungen oder Definitionen hilft die FOCUS-MediaLine unter medialine@focus.de gern weiter.

Weitere Informationen: Martina Hajek, FOCUS Magazin Verlag GmbH Marketing-Kommunikation & Research Tel. 089/9250-3862

Ärger um Domain-Namen

Namensstreit um Internet-Adressen: Wer seine Homepage wie nennen darf und ob Unternehmen im Vergleich zu Privatpersonen einen besonderen Anspruch auf eine bestimmte Internet-Adresse haben, damit müssen sich die Gerichte immer wieder auseinander setzen.

Im vorliegenden Fall hat die Deutsche Shell GmbH geklagt. Im Mai 1996 hatte das Unternehmen die Internet-Adresse shell.de für sich registrieren lassen wollen, erfuhr aber, dass dieser Domain-Name kurz zuvor bereits für

ein anderes Unternehmen reserviert worden war. Dieses hatte sich mehrere Namen sichern lassen, um sie später den eigentlichen Namensträgern anzubieten. Als sich die Deutsche Shell auf ein solches Geschäft nicht einlassen wollte, übertrug das Unternehmen die Internet-Adresse shell.de auf einen Internet-Nutzer, der mit bürgerlichem Namen Andreas Shell heißt.

Der Fall ging vor Gericht. Mit Urteil vom 22. November 2001 (AZ: I ZR 138/99) hat der Bundesgerichtshof der Deutschen Shell einen Unterlassungsanspruch zuerkannt. Wie es heißt, sei auch in der privaten Verwendung der Internet-Adresse shell.de eine Verletzung des Namensrechts der Deutschen Shell zu sehen. Da ein Domain-Name nur einmal vergeben werden könne und Andreas Shell Inhaber der Internet-Adresse shell.de sei, habe die Deutsche Shell nicht mehr die Möglichkeit, den interessierten Internet-Nutzer auf einfache Weise über ihr Unternehmen zu informieren. Kämen mehrere Perso-

nen als berechtigte Namensträger für einen Domain-Namen in Betracht, so seien deren Interessen gegeneinander abzuwägen.

Den Anspruch, die Internet-Adresse shell.de auf die Deutsche Shell zu übertragen, hat der Bundesgerichtshof jedoch abgelehnt. Die Deutsche Shell könne nur den Verzicht von Andreas Shell auf die Adresse shell.de, nicht aber die Übertragung beanspruchen. Auch wenn dies im konkreten Fall keine Rolle spiele, könne einem Dritten ein gleich gutes oder ein noch besseres Recht zustehen.

Quelle: Börsenblatt 21/2002

Berichtigung:

In Heft 03-04 von VLB akzente wurde auf Seite 4 der Name des Autors falsch abgedruckt. Korrekt wäre gewesen: Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann.

Die Redaktion bittet um Nachsicht.

Letzte Meldung!

Unmittelbar vor Drucklegung dieses Heftes teilte die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg dem VLB mit, dass die Wiedereinrichtung des Studiums für das Lehramt an beruflichen Schulen der Fachrichtungen Elektrotechnik/Informationstechnik an beruflichen Schulen nichts mehr im Wege steht.

Demnach kann mit dem genannten Studiengang ab Wintersemester 2002/2003 begonnen werden.

Der VLB betrachtet dies als einen großen Erfolg und als Ergebnis seiner jahrelangen Bemühungen um die Etablierung eines weiteren Studienortes in Nordbayern für den gewerblichen Bereich. Im nächsten Heft werden wir genauer auf diese Thematik eingehen.

Autorenverzeichnis:

Claus, Dietrich	BS V, Haunstetter Str. 66, 86161 Augsburg, Tel.: (08 21) 3 24 35 03
Kestl, K.; Reif, A.	BS, Siechenanger 13, 96317 Kronach,
Waldhäuser, H.	Tel.: (0 92 61) 5 20 21
Reith, Martin	VLB-Referendarsprecher Brunnengasse 66a, 97840 Hafenlohr, Tel.: (09 31) 79 53 - 1 00
Sauerwein Hermann	VLB-Landesvorsitzender Walter-v.-d.-Vogelweide-Str. 22, 97074 Würzburg, Tel.: (09 31) 7 84 77 25
Schulter, Berthold	VLB-Seniorenbeauftragter Weitlstr. 66/4084, 80935 München, Tel.: (089) 38 58-40 84

VLB Verlag e.V.,
 Dachauer Straße 4,
 80335 München
B 05130, PVSt,
 Deutsche Post AG,
 Entgelt bezahlt

**Stimmzettel zur Wahl des
 HAUPTPERSONALRATS**
Gruppe: Lehrer an beruflichen Schulen
Liste: 2
**Kennwort: VLB, Verband der Lehrer
 an beruflichen Schulen**

1. Heckner, Ingrid, FOLin, Hsw.	<input type="checkbox"/>
2. Hackel, Horst, LK i.A., Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
3. Krauß, Martin, OStR, Metall	<input type="checkbox"/>
4. Lambl, Wolfgang, FL, Metall	<input type="checkbox"/>
5. Faulhaber, Walter, StD, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
6. Lochner, Horst, StD, Landw.	<input type="checkbox"/>
7. Kern, Erwin, StD, Rel./D	<input type="checkbox"/>
8. Tkotz, Klaus, FL, Elektro	<input type="checkbox"/>
9. Dr. Bärwinkel, Eilfriede, StDin, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
10. Bankmann, Ruth, OStRin, Ern.	<input type="checkbox"/>
11. Ameseder, Irmgard, OStRin, G/En, SK Gym.	<input type="checkbox"/>
12. Stelzl, Wilhelm, OStR, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
13. Bühler-Saal, Inge, OStRin, Hsw.-Ern.	<input type="checkbox"/>
14. Hammer, Erich, StD, Ma/Phy. Gym.	<input type="checkbox"/>
15. Rothermel, Alois, OStR, Ern.	<input type="checkbox"/>
16. Lieck, Susanne, StRin, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
17. Puryear, Rudolf, OStR, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
18. Nägele, Carmen, FLin, Hsw.	<input type="checkbox"/>
19. Wirsching, Peter, StD, Metall	<input type="checkbox"/>
20. Kraut, Elke, StRin z.A., Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
21. Müller, Karl, FL, Holz	<input type="checkbox"/>
22. Erk, Ursula, StDin, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
23. Enser, Wilhelm, FL, Ern.	<input type="checkbox"/>
24. Keil, Rudi, OStR, Metall	<input type="checkbox"/>
25. Hottner, Thomas, StR, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
26. Küffner, Reinhard, FL, Ern.	<input type="checkbox"/>
27. Ernst, Alfred, OStR, Metall	<input type="checkbox"/>
28. Wiederer, Klaus, OStR, Elektro	<input type="checkbox"/>
29. Stautner, Gisela, StRin, Ern.	<input type="checkbox"/>
30. Wawra, Peter, StD, Metall	<input type="checkbox"/>
31. Boxleitner, Heinrich OStR, D/G/Sk Gym.	<input type="checkbox"/>
32. Dennerlein, Birgit, StRin, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
33. Eisenbeiß, Josef, RL, Rel./Sk	<input type="checkbox"/>
34. Volk, Burkhard, OStR, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>
35. Bitter, Beatrix, StRin, Bautechnik	<input type="checkbox"/>
36. Bauder, Uwe, StR, Dipl.-Hdl.	<input type="checkbox"/>

Sie haben 2 Stimmen! So wählen Sie richtig:

- Kreuzen Sie auf jeden Fall die Liste VLB an.
- Sie können weiterhin der Kandidatin bzw. dem Kandidaten Ihres Vertrauens 1 Stimme oder 2 Stimmen geben.



Noch ein Hinweis, damit Ihr Stimmzettel nicht ungültig wird:

- Panaschieren ist nicht zulässig, d.h. Sie dürfen Ihre 2 Stimmen nur innerhalb einer Liste abgeben!

Verschenken Sie keine Stimme!

Wählen Sie einen starken Hauptpersonalrat mit Erfahrung und Kompetenz!

**Wählen Sie
 Liste 2 -** 